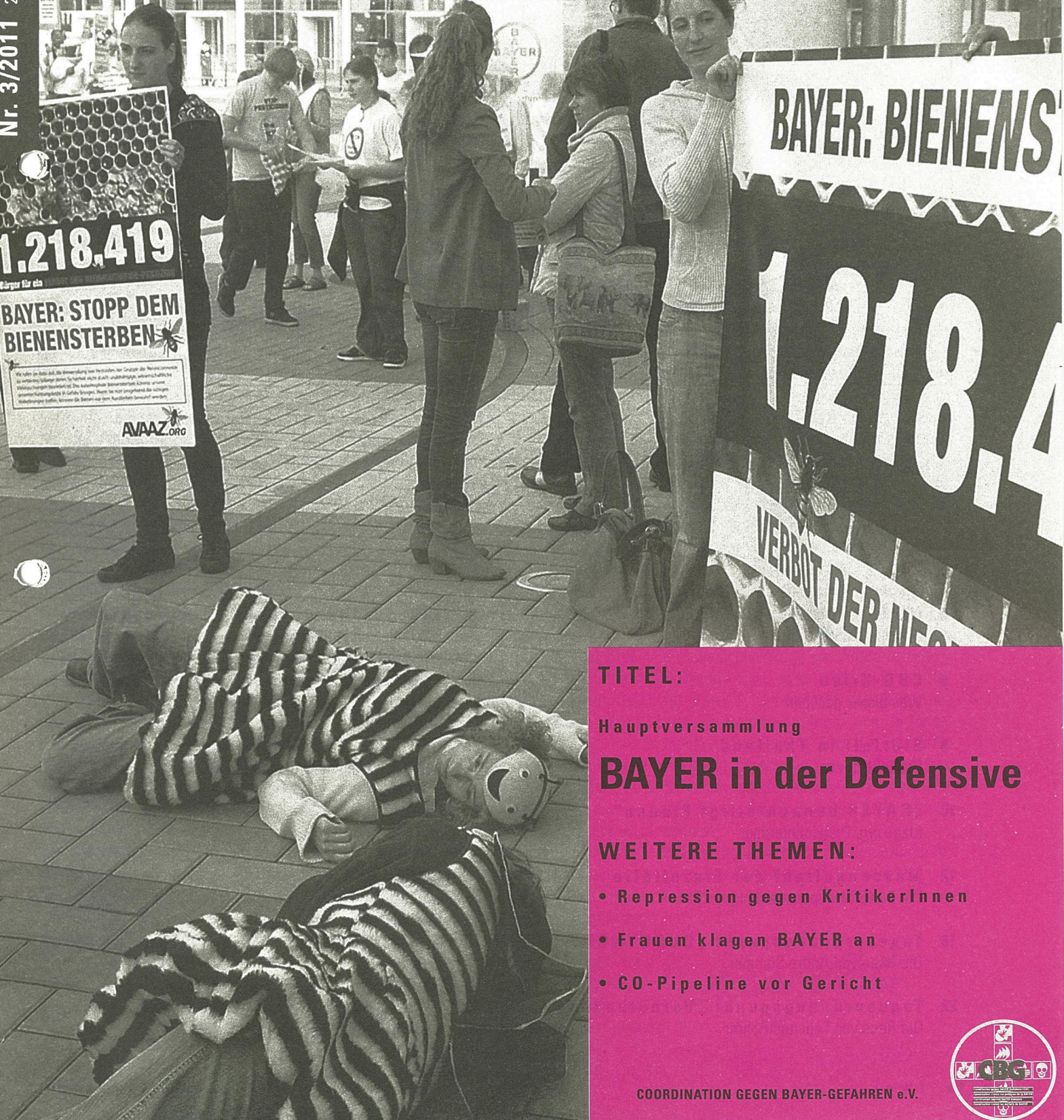


STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Nr. 3/2011 29. Jahrgang




TITEL:

Hauptversammlung
BAYER in der Defensive

WEITERE THEMEN:

- Repression gegen KritikerInnen
- Frauen klagen BAYER an
- CO-Pipeline vor Gericht

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.





Inhalt

- 4 Nicht erdbebensicher**
CO-Pipeline vor Gericht
- 6 CBG-Krise**
Was bisher geschah
- 8 Störfall in Thailand**
Phenol tritt aus
- 10 „BAYER benachteiligt Frauen“**
Klage wg. Diskriminierung
- 12 Massenaufmarsch der Einzelfälle**
Die BAYER-Hauptversammlung 2011
- 18 Tagesordnungspunkt „DUOGYNON“**
Die Rede von Andre Sommer
- 22 Tagesordnungspunkt „Verhütungsmittel“**
Die Rede von Felicitas Rohrer

- 26 Tagesordnungspunkt „Gentechnik“**
Die Rede von Philipp Strom
- 30 Tagesordnungspunkt „Allgemeines“**
Die Rede von Axel Köhler-Schnura
- 34 BAYER & Co sehen grün**
Repression gegen KritikerInnen

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 Au weia, BAYER!**
- 7 Echo**
- 17 Impressum**
- 36 O-Ton BAYER, Promis gegen Profit**
- 38 CBG bei der Arbeit**



Will Potter ist ein US-amerikanischer Journalist und Autor des Buches „Green is the new Red“

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die größte terroristische Bedrohung im Inland“, sagt John Lewis, ein hoher FBI-Beamter, „geht vom Öko-Terrorismus, von der Tierrechtsbewegung aus“. Die Tierrechts- und Umweltbewegung hat, wie jede andere soziale Bewegung in der Geschichte, legale und illegale Elemente. Es gibt darunter Menschen, die Flugblätter verteilen, Eingaben schreiben und sich bei der Politik Gehör verschaffen. Dann gibt es Menschen, die protestieren und zivilen Ungehorsam praktizieren. Und schließlich gibt es Menschen in Gruppen wie der ANIMAL LIBERATION FRONT und der EARTH LIBERATION FRONT, die Fenster einschmeißen, Geländewagen anzünden und Tiere aus Nerzfarmen befreien. Tierrechts- und UmweltaktivistInnen haben keine Flugzeuge auf Gebäude gelenkt, Geiseln genommen oder Anthrax per Brief versandt. Sie haben nie irgendjemanden verletzt. Der einzige Mordversuch in der Geschichte der US-amerikanischen Tierrechtsbewegung wurde von einem Agent Provocateur initiiert. Trotzdem sieht das FBI diese Menschen als größte inländische terroristische Bedrohung an. Dieser völlig unverhältnismäßige Umgang mit der Tierrechts- und Umweltbewegung, einhergehend mit dem inflationären Gebrauch des Wortes „Terroristen“, wird oft „Green Scare“ genannt („grüne Gefahr“-in Anlehnung an die während der McCarthy-Ära beschworene „rote Gefahr“/Red Scare, Anm. SWB). Genau wie der „Red Scare“ mit seiner Hexenjagd auf KommunistInnen nutzt der „Green Scare“ ein

Wort - dieses Mal ist es „Terrorist“ - um eine bestimmte politische Agenda zu verfolgen, Angst zu verbreiten und die Bewegung zu spalten.

Aber warum passiert das alles? Die Regierung und die Unternehmen machen gar keinen Hehl daraus, dass das alles geschieht, um die Profite der Multis zu schützen. So warnte das Heimatschutz-Departement die Exekutiv-Organen in einem Bulletin: „Von Tierrechtsextremisten und Öko-Terroristen verübte Attacken gegen Unternehmen verursachen den betroffenen Firmen hohe Kosten und können auf die Dauer das Vertrauen in die Wirtschaft erschüttern“. Und in einer geleakten PowerPoint-Präsentation des State Departments vor Konzernen hieß es: „Obwohl Ereignisse, die mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht werden, die Schlagzeilen beherrschen, ist es der Tierrechtsextremismus, der Ihre gewöhnlichen Geschäftsoperationen am ehesten stören kann“.

Darum geht die Regierung so hart gegen die militanten AktivistInnen vor. Angst. Es dreht sich alles um Angst. Es geht darum, die Profite der Unternehmen zu schützen, indem man den gemäßigten Tierrechts- und Umweltinitiativen - und allen anderen wachsamem sozialen Bewegungen - Angst macht, die ihnen zustehenden Rechte zu nutzen.

Industrie-Vereinigungen sagen über die „Green Scare“-Kampagne: „Das ist erst der Anfang“. Aber es könnte auch der Anfang für die AktivistInnen sein. Ich

habe in den vergangenen Jahren mit hunderten von ProtestlerInnen aus dem ganzen Land gesprochen. Da ist viel Angst. Aber da ist auch viel Wut. Und das ist gut. Denn die gegenwärtige Repressionswelle mag viele Taktiken des „Red Scare“ übernehmen, aber die Antwort darauf muss heutzutage eine andere sein. Es geht nicht an, sich feige von einer als Kommunist beziehungsweise Terrorist gebrandmarkten Person zu distanzieren. Das Denunzieren und Treue-Eide-Schwören half damals den Inkriminierten nicht und tut es auch heute nicht.

Der einzige Weg für die AktivistInnen und für die Grundrechte, diese Situation zu überstehen, besteht darin, offensiv damit umzugehen. Das bedeutet, den DurchschnittsbürgerInnen zu erklären, dass es eine Verschwendung von Antiterrorismus-Ressourcen und eine Beleidigung der Opfer des 11. Septembers darstellt, Tier- und UmweltschützerInnen als TerroristInnen zu bezeichnen. Und das bedeutet, allen Engagierten klarzumachen, dass das Schicksal dieser AktivistInnen vielleicht nur vorwegnimmt, was uns allen blühen könnte.

Nur zusammen können wir verhindern, dass die Geschichte sich wiederholt.

Will Potter

Niederlage für BAYER

Gericht stoppt CO-Pipeline



Vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht

Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat am 25. Mai 2011 die Inbetriebnahme von BAYERs Kohlenmonoxid-Pipeline wegen ihrer mangelnden Erdbeben-Sicherheit untersagt.

Von Philipp Mimkes und Jan Pehrke

Als vernachlässigbar hatte die Düsseldorfer Bezirksregierung die Erdbeben-Sicherheit von BAYERs CO-Leitung angesehen. Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht teilte die Meinung der Genehmigungsbehörde nicht. Deshalb erklärte es Ende Mai 2011 den Planfeststellungsbeschluss zu der zwischen Dormagen und Krefeld geplanten Kohlenmonoxid-Pipeline für

„rechtswidrig und vorerst nicht vollziehbar“. Nach Meinung von Richter Winfried Schwerdtfeger versäumte es die Behörde zu prüfen, ob die oberirdisch verlaufenden Rohr-Brücken Erschütterungen standhalten. Zudem warf das Gericht ihr vor, keine Untersuchung des Grundwasser-Standes unter der Trasse vorgenommen zu haben, obwohl ein besonders hoher Pegel

im Zusammenspiel mit ungünstigen Bodenverhältnissen bei einem Beben zu Erd-Absackungen mit verheerenden Folgen für das Röhrenwerk führen kann.

„Bis auf die Knochen blamiert“ sehen die STOPP-BAYER-CO-PIPELINE-Initiativen nun BAYER, den TÜV als Gutachter und die Bezirksregierung, die sich dann auch bass erstaunt über die „völlig neue Rechtsauf-



Das Pipeline-Mahnmal in Monheim

fassung der Kammer" zeigte. Die Gruppen werteten das Urteil als „Etappen-Sieg“. Am Ziel wännen sie sich noch nicht. Die JuristInnen haben dem Projekt nämlich zugestimmt, dem Allgemeinwohl dienlich zu sein, und deshalb keinen Anstoß an den Enteignungen entlang des Streckenverlaufes genommen. Zudem haben sie den Streckenverlauf trotz bestehender Alternativen abgesegnet und sich auch nicht an den teilweise schon rostenden Bauteilen gestört. „Denken Sie daran, wie rostig die Stahlstreben sind, die in Stahlbeton eingebaut werden. Das ändert an der Sicherheit des so entstandenen Hauses gar nichts“, hatte der Sachverständige dem Richter erfolgreich ins Gewissen geredet.

Darum akzeptieren die Anwohner, die gegen ihre Zwangsentziehung geklagt hatten, das Urteil nicht und gehen in Berufung. Die Bezirksregierung muss indessen ein Planergänzungsverfahren auf den Weg bringen. Die grüne Regierungspräsidentin Anne Lütke kündigte an, dieses transparent und unter Einbeziehung der BürgerInnen gestalten zu wollen. Trotzdem macht BAYER gute Miene zum bösen Spiel. „Die geringfügigen Nachbesserungen zur Erdbeben-Sicherheit sind unproblematisch“, erklärte ein Konzern-Justiziar nach dem Urteil.

Der Gerichtsbeschluss dürfte den Genehmigungsprozess jedoch nochmals genauso empfindlich verzögern wie BAYERs in vorausseilendem Gehorsam getroffene Entscheidung, wegen neuer Streckenverläufe und anderen Abweichungen von den ursprünglich eingereichten Unterlagen sel-

ber Planänderungsverfahren einzuleiten. Schon seit Jahren ist die Inbetriebnahme der Leitung ausgesetzt, da das Oberverwaltungsgericht Münster im Dezember 2007 erhebliche Zweifel an der Gemeinnützigkeit des Projekts geäußert hatte. Zudem liegen noch mehr als 40 weitere Klagen vor. Aber der Widerstand beschränkt sich nicht auf die juristische

Die Gruppen werteten das Urteil als „Etappen-Sieg“

Ebene. Die Bürgerinitiativen entlang der Trasse zeigen ein beeindruckendes Engagement und haben beispielsweise mehr als 110.000 Unterschriften gegen den Bau gesammelt. Die CBG hat auf den BAYER-Hauptversammlungen mehrfach Gegenanträge zu dem umstrittenen Projekt eingereicht. Sogar die Feuerwehren haben sich gegen das Vorhaben ausgesprochen, denn sie sehen sich außerstande, die Bevölkerung im Fall eines Gas-Austritts umfassend zu schützen. Und selbst innerhalb der Belegschaft des Leverkusener Multis gibt es Pipeline-GegnerInnen.

Der Pharma-Riese zeigt sich sichtlich überrascht von der breiten Ablehnung. Er hatte das Ganze lange als reine Formsache betrachtet. Schon bevor der nordrhein-westfälische Landtag das Rohrleitungsgesetz verabschiedete und die Bezirksregierung sich mit der Genehmigung befasste, hatte er Verträge über Gas-Lieferungen nach Krefeld mit LINDE geschlossen. Steif und fest behauptete BAYER stets, dass „Pipelines sowohl unter

Au weia, BAYER!

Mit der Entwicklung neuer Arzneien tut der Leverkusener Multi sich schwer. Deshalb wendet er sich seit einiger Zeit stärker der Lifestyle-Medizin zu. Momentan testet der Konzern gerade ein Präparat zur Behandlung der Menschheitspein „Doppelkinn“. Mit der fettauflösenden Substanz ATX-10 will BAYER künftig die Gesichtskonturen verschlanken und der eigenen Geschäftskasse zu einer Gewichtszunahme verhelfen. 150 bis 200 Millionen Euro Umsatz soll das Pharmazeutikum erwirtschaften.

Sicherheits- als auch unter Umweltaspekten das beste Transportmittel“ wären, weil diese Schiffs- oder LKW-Frachten ersetzt. Tatsächlich finden auf diesen Wegen jedoch keine nennenswerten CO-Transporte statt. Nicht nur deshalb muss nach Auffassung der Coordination weiter das Prinzip gelten, Gefahrstoffe nur am Ort ihrer Verwendung zu produzieren. Und dies gilt umso mehr, als durch die Errichtung einer neuen Kunststoff-Fertigungsstätte in Dormagen dort nun gar kein überschüssiges Kohlenmonoxid mehr anfällt, das per Röhren-Verbund nach Krefeld geleitet werden könnte, denn genau das hatte der Global Player ursprünglich zur Begründung seiner Pläne angeführt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), welche die BürgerInnen-Proteste Anfang 2006 mitinitiiert hatte, nimmt deshalb das Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts zum Anlass, abermals ein Ende des Projekts zu fordern. „Wir beglückwünschen die Kläger und die Bürgerinitiativen zu diesem großen Erfolg! Nun ist der Moment gekommen, dieses unselige Vorhaben zu beerdigen“, heißt es in ihrer Presseerklärung.

Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.

www.CBGnetwork.org

Die CBG-Rettungskampagne

Noch lange nicht im grünen Bereich



Die CBG bei der Arbeit

Anfang des Jahres hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wegen ihrer finanziellen Notlage zur Unterstützung aufgerufen. Nun zieht sie eine erste Zwischenbilanz.

Über Sinn und Zweck, über Bedeutung und Berechtigung unserer Arbeit brauchen wir an dieser Stelle nicht mehr viel Worte verlieren: Die hinter den Konzernen stehenden GroßaktionärInnen bereichern sich immer unverfrorener, Armut und soziales Elend schreiten voran, die Profitgier hat längst Eingang in die Berichterstat-

tung der Tagespresse gefunden und Kapital-Verbrechen häufen sich derart, dass einem schier graut.

Und mittendrin wir, die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Ein Bollwerk des Konzern-Widerstandes.

Ende Februar läuteten wir die Alarmglocken. Nicht, weil wir die Öffentlichkeit

wegen einer neuen Schandtat mobilisieren wollten: Wir schalteten die rote Lampe ein, weil unsere Arbeit vor dem Aus steht.

Nach Jahren sozialen Kahlschlags, sinkender Realeinkommen, steigender Kosten und größer werdender Finanzlöcher,

nach Jahren der Hoffnung auf bessere Zeiten, mussten wir unausweichlich einsehen, dass weder die durchschnittliche Spende noch der durchschnittliche Beitrag steigen werden. Wir haben das in drei Jahren aufgelaufene Defizit mit persönlichen Krediten überbrückt, jetzt war das Ende der Fahnenstange erreicht.

Im *InfoIntern* 1/11 wandten wir uns an unsere SpenderInnen, FörderInnen und FreundInnen und erläuterten unter der Überschrift „Es ist soweit!“ ausführlich unsere Lage. Wir stellten die Ursachen dar und fassten zusammen: „Damit droht, was die Konzerne in 33 Jahren nicht geschafft haben: Das Aus für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“.

Welle der Solidarität

Doch wir wären keine in jahrzehntelanger Konzern-Kritik gestählten AktivistInnen, wenn wir nicht auch einen Plan B gehabt hätten. Diesen stellten wir unter der Überschrift „...wenn, ja, wenn nicht...“ im gleichen *InfoIntern* vor. Zusammengefasst lautete er: 300 zusätzliche SpenderInnen, 400 zusätzliche Mitglieder und 50 neue GarantInnen.

Heute, einige Monate später, wollen wir einen ersten Zwischenstand melden. Die positive Meldung zuerst: Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe von *Stichwort BAYER* haben wir ca. 20 Prozent unseres chronischen Defizits gedeckt. In einer beispiellosen Welle der Solidarität haben unsere SpenderInnen und Mitglieder direkt reagiert:

- Mehr als 50 neue Mitglieder haben sich eingeschrieben
- Bereits die Hälfte der Spendensumme des Vorjahres konnten wir verbuchen
- 17 neue GarantInnen, also Mitglieder, die mit einem Beitrag von 500 Euro aufwärts unser finanzielles Fundament „garantieren“, sind zu uns gestoßen
- mehr als 60 Mitglieder haben ihre Beiträge erhöht

Dafür danken wir aus ganzem Herzen und im Namen aller AktivistInnen. Wir wissen um die Bedeutung der finanziellen Förderung durch unsere FreundInnen und FörderInnen. Und wir wissen, wie schwer heutzutage ein Euro zu verdienen ist und schätzen deshalb jede Spende, jeden Förderbeitrag entsprechend.

Doch noch gibt es keine Entwarnung. Noch fehlen 80 Prozent der kritischen Masse, um unsere finanzielle Zukunft zu sichern. Noch müssen wir betteln (wobei

uns das bestimmt keinen Spaß macht): Wir brauchen weitere 30 GarantInnen, weitere 350 Mitglieder und noch rund 200 neue SpenderInnen.

Die neue Kampagne

Um weitere Mitglieder und SpenderInnen zu finden und zu gewinnen, haben wir jetzt die Kampagne „KonzernKritik vor dem Aus!“ gestartet. Eine der YASMIN-Geschädigten hat uns den auch diesem *Stichwort BAYER* beiliegenden Flyer gestaltet. Gratis. So konnten wir rund 1.500 Euro sparen. Danke sehr.

In zahlreichen alternativen und fortschrittlichen Zeitungen und Zeitschriften wird in den nächsten Wochen und Monaten das Prospekt verbreitet werden. Sollten auch Sie eine gute Möglichkeit zur Verteilung haben, dann melden Sie sich bitte. Es macht sicher keinen Sinn, das Werbemittel ungezielt in irgendwelche Briefkästen zu stecken oder als Flugblatt an beliebige Personen zu verteilen; aber es macht Sinn, die Information in politischen Zusammenhängen bei interessierten und aufgeschlossenen Menschen zu verbreiten, die um die Bedeutung von Widerstand gegen Profitgier und Ausbeutung wissen, oder es in Mitglieder-Infos und Newsletter einzulegen. Dafür liefern wir gerne eine beliebige Stückzahl. Kurze Nachricht genügt (aks@CBGnetwork.org oder 0211 - 26 11 210).

Wir stehen als David einem Goliath gegenüber. Aufgrund unserer BAYER-kritischen Arbeit wird uns die Gemeinnützigkeit und jede offizielle Förderung verweigert. Der lange Arm eines multinationalen Konzerns wie BAYER reicht weit. Uns bleibt daher keine andere Möglichkeit, als neue Fördermitglieder und weitere SpenderInnen zu finden, die unsere Arbeit sichern; als immer wieder unsere AbonentInnen, unsere SpenderInnen und unsere FörderInnen um Hilfe zu bitten.

Bitte helfen auch Sie (sofern Sie es noch nicht getan haben und es Ihnen möglich ist)

Wir wissen, dass für viele unserer UnterstützerInnen kein weiterer finanzieller Beitrag für unsere Arbeit mehr möglich ist. Wir wissen auch, dass viele unserer FreundInnen schon geholfen haben. Doch hoffen wir, mit diesen Zeilen auch Menschen unter unseren AbonentInnen und FörderInnen zu erreichen, die noch Möglichkeiten haben. In dem bereits zitierten *InfoIntern* hieß es: „Jetzt sind Sie dran!“

Wenn Sie also meinen, dass bei der CBG

Echo

H. S.: Auf Ihrer Website bin ich immer wieder, um zu schauen, was es Neues gibt. Ich freue mich auf weitere Nachrichten, auch wenn sie nicht immer erfreulich sind. Aber immerhin kann ich durch ihre Veröffentlichung etwas zum allgemeinen Bewusstsein beitragen.

H. K.: Ich habe Ihnen heute aus meinem schmalen Budget 30 Euro überwiesen und danke für Ihre vorzügliche Arbeit.

T. W.: Eure Arbeit ist extrem wichtig und unterstützenswert. Vielleicht gibt es kein richtiges Leben im falschen, aber ihr sorgt dafür, dass man dem zumindest nahe kommen kann. WEITER SO!!!

I. S. (zur Klage auf Veröffentlichung des Vertrags zwischen der Kölner Uni und BAYER): Weiter so! Demokratie ist Öffentlichkeit aller öffentlich relevanten Vorgänge!

N. O. (ebenfalls zur Klage): Wir möchten uns für eure Hartnäckigkeit auch in dieser Sache herzlich bedanken.

M. H.: Von dem Problem der Phosgen-Produktion habe ich erst vor kurzer Zeit in *WDR5* erfahren und war sehr erschrocken. So habe ich Sie nun gefunden und bin sehr froh, dass es Sie gibt und dass jemand ein kompetentes Auge auf die gefährlichsten Unterfangen der BAYER AG hat.

das Licht nicht ausgehen darf und wenn Sie noch Möglichkeiten haben, zu helfen, dann unterstützen Sie uns bitte.

Erhöhen Sie Ihren Beitrag, wenn Sie bereits Fördermitglied sind.

Werden Sie Fördermitglied, wenn Sie es noch nicht sind.

Werden Sie Garant/in mit einem Beitrag ab 500 Euro, wenn es ihnen möglich ist.

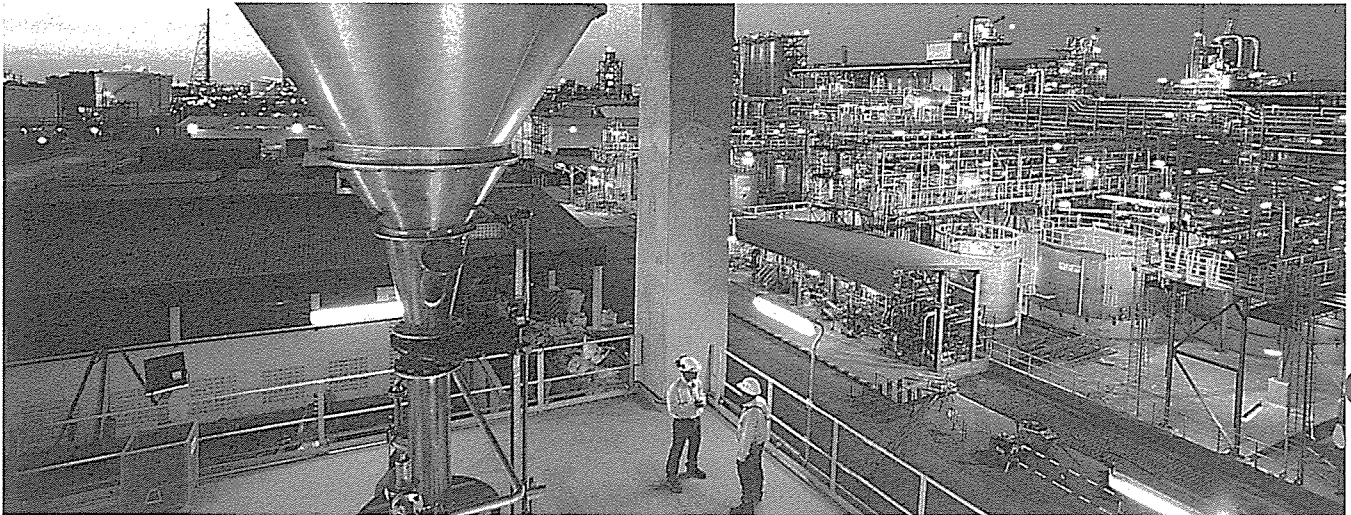
Helfen Sie mit einer Sonderspende.

Düsseldorf im Mai 2011

Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

In Map Ta Phut tritt Phenol aus

Störfall bei BAYER



Eines der BAYER-Werke in Map Ta Phut

Foto: BAYER

Die thailändische Industriezone Map Ta Phut machte in den letzten Jahren wegen der starken Belastungen für Mensch, Tier und Umwelt viel Schlagzeilen (SWB 1/11). Jetzt sorgte BAYER für eine neue. Aus einem Kunststoff-Werk des Konzerns trat giftiges Phenol aus.

Von Philipp Mimkes

In einem thailändischen BAYER-Werk ereignete sich am 30. März 2011 ein Störfall. In einer Kunststoff-Fabrik, die in der Industriezone Map Ta Phut liegt, trat ein Leck auf, aus dem giftiges Phenol entwich. Der Leverkusener Multi räumte die Fertigungsstätte, in der auch große Mengen Phosgen - ein Kampfgas aus dem 1. Weltkrieg - zum Einsatz kommen, und das ganze Areal rund um die Anlage. Die Substanz kontaminierte nämlich das Gelände weiträumig und gelangte auch ins Wasser. Ein Beschäftigter, der mit dem verseuchten Wasser in Kontakt kam, musste sich einer ärztlichen Behandlung unterziehen.

In dem Industrie-Komplex, in dem das Unternehmen zwei Kunststoff-Fertigungen betreibt, treten regelmäßig Störfälle auf. Hunderte von ArbeiterInnen wurden in den vergangenen Jahren vergiftet. Auch die Schadstoff-Belastung ist hoch - nicht weniger als 200 Schornsteine blasen gesundheitsgefährdende Substanzen in die Luft. „Map Ta Phut ist der wohl giftigste Ort von ganz Thailand“, konstatiert Tara

Buakamsri von der thailändischen GREENPEACE-Sektion. „Das schnelle Wachstum der Industrie hat bedrohliche Umweltprobleme geschaffen - Luftverschmutzung, Verunreinigung von Gewässern, Verdampfung organischer Verbindungen und Wasserknappheit. Sie alle sind bis heute ungelöst“, so Buakamsri weiter.

Im Bereich der Chemie-Industrie gehört Map Ta Phut zu den zehn größten Stand-

„Map Ta Phut ist der wohl giftigste Ort von ganz Thailand“, konstatiert Tara Buakamsri von der thailändischen GREENPEACE-Sektion

orten weltweit. Auf engstem Raum sind Öl-Raffinerien, die Kunststoff-Industrie, Pestizid-Hersteller, metallverarbeitende Betriebe, Müllverbrennungsanlagen und Kohlekraftwerke konzentriert. Die Krebsrate in der Provinz Rayong, in der sich die Industrieanlagen befinden, liegt weit höher als in jedem anderen Landesteil. Und die Erträge der FischerInnen gingen in der Vergangenheit drastisch zurück.

Immer wieder gibt es daher Proteste und Demonstrationen. Ende 2009 wurde erstmals ein wichtiger juristischer Erfolg erzielt: Das oberste thailändische Gericht ordnete an, dass alle Unternehmen in Map ta Phut Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzulegen und sich bei den Emissionen an westliche Standards zu halten haben. Zudem verhängten die RichterInnen einen Bau-Stopp für 67 neue Fabriken bzw. Produktionserweiterungen. Auch zwei Projekte BAYERs waren davon betroffen. Inzwischen dürfen die Unternehmen ihre Vorhaben bis auf wenige Ausnahmen jedoch weiterverfolgen - der Lobbydruck von BAYER & Co. brachte das Moratorium zu Fall. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) fordert die Unternehmen in Map Ta Phut auf, die Sicherheitslage zu verbessern und die Schadstoff-Emissionen drastisch einzuschränken. Die CBG hat eine Kampagne gestartet und kooperiert dabei mit GREENPEACE sowie mit der vor Ort aktiven Initiative ECOLOGICAL ALERT AND RECOVERY THAILAND (EARTH).



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

Vorname, Name

PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon, Fax

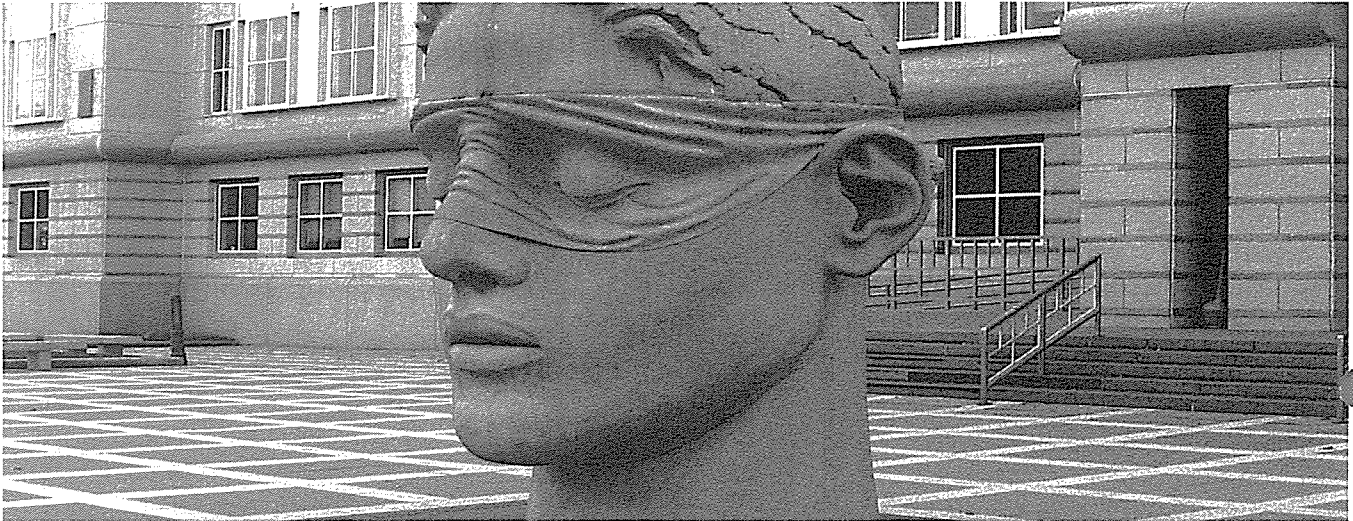
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

eMailCBGnetwork@aol.com

Prozess wg. Diskriminierung

„BAYER benachteiligt Frauen“



Das Gericht in Newark, New Jersey befindet über die Klage

In den USA haben acht Frauen den Leverkusener Multi wegen Verstoßes gegen das Gleichberechtigungsgesetz angeklagt.

Von Jan Pehrke

„Der BAYER-Konzern hat sich der Nicht-Diskriminierung und der Gleichbehandlung aller Beschäftigten verpflichtet“, heißt es im neuesten Nachhaltigkeitsbericht des Konzerns. Die Realität sieht jedoch anders aus. Deshalb haben acht weibliche Belegschaftsangehörige aus den USA eine 100 Millionen Dollar schwere Sammelklage gegen den Konzern wegen Diskriminierung eingereicht. Sie werfen dem Unternehmen vor, Frauen nicht den gleichen Lohn wie Männern zu zahlen und nicht angemessen zu fördern. Zudem sei der Multi den KlägerInnen zufolge Beschwerden über sexuelle Belästigungen nicht nachgegangen.

„BAYER benachteiligt seine weiblichen Angestellten systematisch“, sagt die Anwältin Katherine Kimpel und führt zum Beweis firmen-interne Dokumente an. So heißt es in einem Memo der US-amerikanischen Führungsebene von BAYER HEALTH CARE: „Frauen mit Macht sind unberechenbar und fühlen sich oft von Kollegen bedroht“. Nach Ansicht des Managements würde das gesamte Personal lieber unter männlichen Chefs arbeiten, weil diese „seltener versteckte Ziele ver-

folgen, Stimmungsschwankungen ausgesetzt sind oder sich in büro-interne Konkurrenz-Kämpfe einmischen“. Auch für entscheidungsfreudiger hält die Chef-Etage die Herren der Schöpfung. Ein Manager empfahl sogar, dass „BAYER aufhören muss, Frauen im gebärfähigen Alter einzustellen“. Folgerichtig haben den KlägerInnen zufolge besonders Schwangere und Mütter unter den Diskriminierungen zu leiden.

„Die Situation bei BAYER ist ein wesentliches Beispiel dafür, wie fest die unsichtbare Barriere, die Frauen am beruflichen Aufstieg hindert, auch im Jahr 2011 noch steht“, resümiert Kimpel. Der Pharmariese hingegen weist die Anschuldigungen zurück. „Wir wehren uns entschieden gegen diese Vorwürfe und werden uns verteidigen“, verlautet aus der Konzern-Zentrale. Wie groß jedoch der kleine Unterschied im Unternehmen ist, belegen allein schon die Zahlen. Beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten insgesamt 35 Prozent, so schmilzt dieser bis zur ersten und zweiten Ebene unterhalb des Führungsgremiums auf 6,5 Prozent zusammen, um dann ganz oben im vierköpfigen

Vorstand auf Null zu kommen. Und in die 20er-Runde des Aufsichtsrates haben sich gerade mal zwei Frauen verloren - noch dazu ohne Zutun von BAYER auf Geheiß der Gewerkschaft. In einem solchen Klima gedeiht die Frauenfeindlichkeit natürlich. Bereits in den 1990er Jahren setzte eine Angestellte sich dagegen juristisch zur Wehr (SWB 3/97).

Von einer Frauenquote hält der Global Player deshalb selbstverständlich nichts. Wie immer, wenn gesellschaftlicher Druck Maßnahmen verlangt, zaubert der Multi das altbekannte Hausmittel „Freiwillige Selbstverpflichtung“ aus dem Hut. „So wollen wir den Anteil von Frauen in Führungspositionen bis 2015 konzern-weit in Richtung 30 Prozent entwickeln“, gelobte BAYER-Chef Marijn Dekkers auf der Hauptversammlung im April 2011. Er hat zwar in letzter Zeit zwei hohe Posten mit Frauen besetzt, aber das reicht noch lange nicht. Aus diesem Grund ist auf den erzieherischen Wert einer saftigen Strafe zu hoffen. Bislang haben die Gerichte allerdings noch nicht über die Zulassung einer Sammelklage im Fall „Barghout et al. v. BAYER“ entschieden.

Das grüne Branchenbuch

ADRESSEN FÜR DIE UMWELT

- nachhaltig bauen
- gesund genießen
- Zukunftsenergien nutzen
- natürlich schön sein
- ökologisch Geld anlegen

€ 3,00



Nordrhein-Westfalen

B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU**:
Nordrhein-Westfalen
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

144 Seiten ISBN 978-3-982309-33-5

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremstüttel • Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

USG 1.0.02.11

BAYER-Hauptversammlung

Turbulenzen in Kölner Messehalle

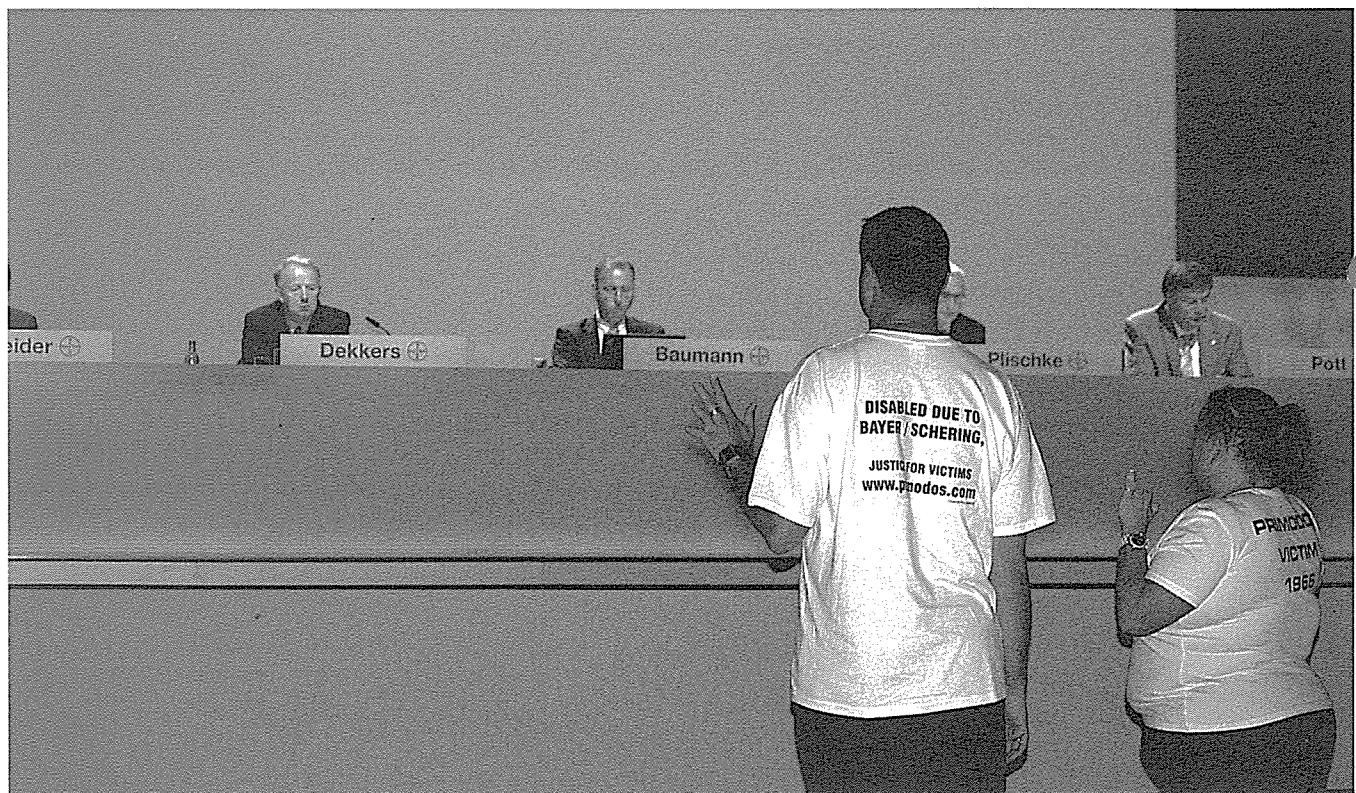


Foto: Anabel Schnura

2 DUOGYNON-Geschädigte zeigen Dekkers & Co. die Risiken und Nebenwirkungen des Präparats

Die BAYER-Hauptversammlung stand im Zeichen der Kritik wie nie zuvor. ImkerInnen, TierversuchsgegnerInnen, PharmakritikerInnen, GewerkschafterInnen, Pipeline-AnwohnerInnen, Opfer und Betroffene aus dem In- und Ausland kamen am 29. April 2011 nach Köln, um den AktionärInnen zu demonstrieren, mit welcher desaströsen Folgen das erkaufte ist, was Konzern-Chef Marijn Dekkers in seiner Eröffnungsrede als „höchsten Umsatz der BAYER-Geschichte“ pries.

Von Jan Pehrke

ImkerInnen in Berufskleidung mit Rauchgeräten, eine Person in einem Käfig, Menschen mit Schildern wie „Warum wurden wir als Versuchskaninchen missbraucht?“ und junge Frauen in roten T-Shirts nahmen die BesucherInnen der Hauptversammlung am Eingang der Kölner Messehalle 7 in Empfang. „Was hat das alles

mit BAYER zu tun?“, mochten sich die AktionärInnen gefragt haben, als sie sich durch die Menge einen Weg zum Eingang bahnten. Aber längst nicht alle wollten das wirklich wissen. Viele würdigten die Konzern-KritikerInnen keines Blickes, und manche beschimpften sie sogar: „Ihr solltet euch schämen!“.

Wer jedoch aufgeschlossener war, der bekam auf der „Protestmeile“ die Antwort plastisch vor Augen geführt. So hatten die BienezüchterInnen reichlich Anschauungsmaterial mit nach Köln gebracht, das die verheerenden Wirkungen der BAYER-Pestizide illustrierte: Auf einem weißen Laken zeigten sie den Aktien-HalterInnen

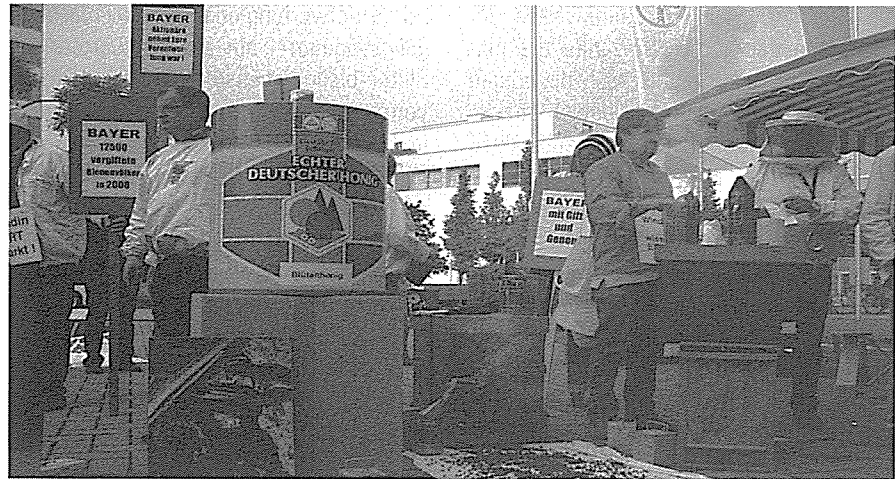
ihre von den Ackergiften en masse getöteten Bienen. Die Person im Käfig entpuppte sich bei näherer Betrachtung als die Verkörperung eines von Pillen made in Leverkusen malträtiertes Versuchskaninchen. Den Frauen in der roten Kluft stand schon auf den Leib geschrieben, was Produkte des Leverkusener Multis ihnen angetan hatten. „Erfolgsbilanz ‚Die Pille‘: Susan, 29 Lungenembolie“ war da etwa zu lesen. Und nicht wenigen der Versammelten schließlich vermochten die Hauptversammlungsgäste sogar gleich die Schädigungen anzusehen, die der Schwangerschaftstest DUOGYNON - bis Mitte der 1970er Jahre vom inzwischen zu BAYER gehörenden SCHERING-Konzern vertrieben - verursacht hat: entstellte Hände, Kleinwüchsigkeit oder lädierte Augen.

Einige suchten dann auch den Kontakt zu den Gehandicapten, die nie eine Entschädigung erhalten haben, und unterstützten ihr Ansinnen, den Pharma-Riesen per Gericht zur Herausgabe von internen Dokumenten über das Präparat zu zwingen. „Ich bin schon der Meinung, dass BAYER Akten-Einsicht gewähren muss“, meinte etwa eine ehemalige Beschäftigte des Konzerns laut *Westfälischer Rundschau*. Der Uerdinger SPD-Vorsitzende Peter Schröder reagierte weniger verständnisvoll auf die DUOGYNON-AnklägerInnen, die teilweise sogar aus England angereist waren. „Der Wohlstand, den wir haben, der hat auch etwas mit dieser Firma zu tun“, sagte er einer von ihnen aufs Gesicht zu. „Ich habe keinen Wohlstand durch BAYER“, entgegnete ihm die Angesprochene daraufhin erbost, „Ich habe ein behindertes Kind“.

Seinen Wohlstandsspruch hätte Schröder auch den GegnerInnen der Kohlenmonoxid-Pipeline, den AktivistInnen von der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT oder Mitgliedern der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) an den Kopf werfen können, denn diese komplettierten die Protest-Aktion. Rund 150 Menschen nahmen daran teil, so viel wie noch nie. Das entging auch der Presse nicht. Von BAYER-KritikerInnen, „die gefühlt immer stärker werden“, kündete die *Rheinische Post*, und als „außerordentlich lebhaft“ beschrieb der *Kölner Stadtanzeiger* das Treiben vor der Messehalle.

Verlesung der Anklagen

Drinne im Saal ging es nicht weniger turbulent weiter. Hatten die Konzern-Kritiker-



ImkerInnen-Protest vor den Messehallen

Foto: Anabel Schmura

Innen Vorstand und Aufsichtsrat in früheren Jahren zumeist „nur“ mit ihren Reden traktiert, so setzten sie diesmal zusätzlich auf non-verbale Kommunikation. Die DUOGYNON-Geschädigten aus Großbritannien traten zu mehreren ans RednerInnen-Pult, stellten sich kurz vor und übergaben dann das Wort an den CBG-Mitstreiter Friedhelm Meyer. Als der Pfarrer im Ruhestand sich daranmachte, die Übersetzung des Beitrages von Karl Murphy zu verlesen, setzte ein Teil der Gruppe sich in Bewegung, schritt die Gasse zwischen Bühne und Publikum ab und zeigte den ManagerInnen auf dem Podium ihre deformierten Hände. Fast zehn Minuten lang mussten Dekkers & Co. diese stumme Prozession über sich ergehen lassen, während Meyer ihnen darlegte, wie genau die SCHERING-Verantwortlichen damals über die Risiken und Nebenwirkungen des Schwangerschaftstests informiert waren. „Dieses Hormon sollte nicht eingesetzt werden, wenn eine Schwangerschaft besteht und die Verwendung in einer kritischen Phase der Organ-Entwicklung erfolgen könnte“, zitierte der engagierte Christ aus internen Firmen-Dokumenten.

Einen umfassenden Einblick in diese Unterlagen verlangt Andre Sommer. Bisher hat BAYER diesen verweigert, und auch seine Auskunftsklage konnte in der ersten Instanz noch keine „Akten-Einsicht“ erzwingen. „Aus welchem Grund verweigert BAYER-SCHERING die Auskunft über DUOGYNON?“, fragte er deshalb auf der Hauptversammlung. Der Grundschullehrer hat die Website www.duogynonopfer.de initiiert und seither mehr als 3.500 Emails und Briefe von Menschen erhalten, die mit schweren Schädigungen wie offenem Rücken, Wasserköpfen, Harnleiter-Fehlbildungen, Verstümmelungen an den Glied-

maßen oder Nieren-Krankheiten auf die Welt kamen. Eindrucksvoll begründete Sommer, weshalb den Betroffenen eine Einsichtnahme in das Firmen-Material so wichtig ist. „Sie leben tagtäglich mit dem Trauma und denken, wenn nicht täglich, dann immer wieder daran und stellen die Frage nach dem Warum (...) Diese Menschen wollen nun endlich Gewissheit haben, ob DUOGYNON schuld an Missbildungen hatte oder nicht“, führte er aus. Der Engländer John Santiago unterstützte die Forderung Sommers. „Bei dem Gerichtsverfahren in Berlin vor ein paar Monaten hatten Sie Gelegenheit, die Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen fanden Ihre clevere Anwälte einen formalen Ausweg: Ansprüche müssen innerhalb von dreißig Jahren angemeldet werden, seien jetzt also verjährt“, hielt er dem Vorstand vor und schloss mit den Worten: „Wachen Sie auf, BAYER. Helfen Sie den Geschädigten!“.

YASMIN & Co.

Auch die Geschädigten eines anderen Präparates des Pharmariesen, des Verhütungsmittels YASMIN und seiner Ableger, traten diesmal gemeinsam vor das Mikrofon. So wollten die Frauen von vornherein verhindern, als Einzelschicksale bagatellisiert zu werden, was Dekkers-Vorgänger Werner Wenning im letzten Jahr versucht hatte. „Ich bin heute hier nicht allein - ich bin kein anonymer Einzelfall“, stellte Felicitas Rohrer deshalb von Anfang an klar und wies auf die Leidensgenossinnen neben ihr. „Mit mir sind hier: Nana, Lungenembolie mit 30 nach Einnahme der YAZ; Susan, Lungenembolie mit 29 nach Einnahme der YASMINELLE; Britta, beidseitige Lungenembolie mit Rechtsherz-Insuffizienz mit 32 nach Einnahme der YASMINELLE; Antonia, sieben Lungenembolien



ab dem Alter von 16 Jahren nach der Einnahme der YASMIN“, zählte die junge Frau auf und vergaß auch diejenigen nicht, die kein Glück im Unglück hatten. „Sind zwölf tote Frauen in Deutschland und rund 200 tote Frauen in den USA wirklich als Einzelfälle zu bewerten?“, fragte sie den Vorstand.

Ein anderer durch Pharmazeutika von BAYER um seine Gesundheit Gebrachter konnte nicht mehr nach Köln reisen: Andreas Bemeleit vom Bluter-Netzwerk ROBIN BLOOD. Nur durch seine Worte war er in der Halle präsent, denen dann auch die Erklärung dafür zu entnehmen war: „Wäre da nicht diese alte Geschichte, dann würde nicht Frau Schneider hier stehen und meine Rede für mich verlesen“. Und diese alte Geschichte, das ist die seiner in den 1980er Jahren erfolgten Infektion mit Hepatitis C durch verseuchte Blut-Präparate des Global Players. „Wir Bluter hatten darauf vertraut, dass wir mit sicheren Medikamenten versorgt werden. Doch die Konzerne benutzten für die Herstellung der Gerinnungspräparate vor allem preiswertes Blut von Hochrisikogruppen wie Gefängnis-Insassen“, so schilderte Bemeleit seine Krankheitsgeschichte. Eine Einladung zu einem Gespräch, ein Bekenntnis

zur Verantwortung oder gar ein Entschädigungsangebot - auf all das wartete der Bluter bisher ebenso vergeblich wie die VorrednerInnen. Trotzdem machte er nochmal einen Vorschlag zur Güte: „Wäre es für die Außenwirkung der BAYER AG nicht von Vorteil, sich als verantwortungsvolles Unternehmen darzustellen, indem sie eine für alle Beteiligten annehmbare Regelung vereinbart?“.

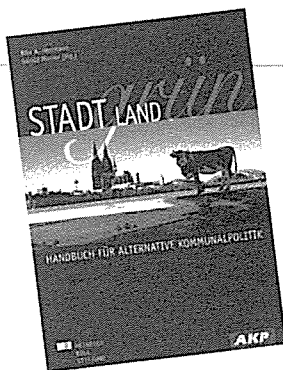
Aber der Konzern blieb hart. Marijn Dekkers stritt ein Fehlverhalten ab und kündigte an, das Unternehmen werde „entschieden gegen die Ansprüche vorgehen“. Auch den DUOGYNON-Geschädigten kam er nicht entgegen. Der BAYER-Chef verwies auf die bereits von seinem Vorgänger bekundete Anteilnahme, um sich dann aber gleich wieder unerbittlich zu zeigen. „Ich kann das nur wiederholen. Wiederholen kann ich allerdings auch, dass sich nichts an den Fakten geändert hat. Sie sprechen eindeutig gegen ihr Anliegen. Es gibt keinen Nachweis für einen ursächlichen Zusammenhang zwischen DUOGYNON bzw. PRIMODOS und den diskutierten embryonalen Missbildungen“, so der Ober-BAYER. Und selbstverständlich auch keinen zwischen den firmen-eigenen Verhütungsmitteln und Embolien. Auf

YASMIN & Co. zurückzugreifen, sei die „sicherste, komfortabelste Methode, eine Schwangerschaft zu verhüten“, behauptete der Vorstandsvorsitzende. Überdies versprach er der auf den Hauptversammlungen stets als BAYER-Claqueurin auftretenden Betriebsrätin Gudrun Kiesler aus dem Werk Wuppertal, ihre Anregung aufzugreifen und in Zukunft die vermeintlichen Vorteile der konzern-eigenen Kontrazeptiva stärker herauszustreichen. Die betroffenen Frauen hielt es kaum auf den Sitzen ob eines solchen Zynismus’.

Risikogesellschaft BAYER

Aber lebensgefährlich ist nicht nur die Pharma-Produktion des Global Players. Das Thema „Risiken“ zog sich als Leitmotiv durch fast alle Gegenreden der Konzern-KritikerInnen. Und aus gegebenem Anlass fehlte die Bezugnahme auf Fukushima fast nie. Marijn Dekkers hingegen haben die Ereignisse in Japan nicht zu einem Umdenken bewogen. Hatte er in einem Interview bereits die bundesdeutschen Reaktionen auf die Atom-Katastrophe als überzogen bezeichnet, so legte er in seiner Eröffnungsrede noch einmal nach: „Ich halte es für bedenklich, dass unsere Gesellschaft Ri-

Gute Kommunalpolitik



Die Inhalte

Stadt, Land, Grün

Handbuch für alternative
Kommunalpolitik

Bielefeld 2008, 320 S.
16,80 € plus Versandkosten

Die Grundlagen

Kommunal Politik machen

Grundlagen, Hilfen, Tipps für die Praxis

3. überarbeitete Auflage, Bielefeld 2011, 176 S.
10,00 € plus Versandkosten



Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik



Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de
Ruf 05 21.17 75 17 | Fax 05 21.17 75 68

www.akp-redaktion.de

siken am liebsten komplett ausschließen will".
 CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes hielt gerade diese Waghalsigkeit für bedenklich, da sie beim Leverkusener Multi in der Vergangenheit bereits für einige mittlere Katastrophen gesorgt hat. Aus aktuellem Anlass begann sein Überblick über die BAYER-Risikogesellschaft ohne Haftung bei der Atomkraft. Der gelernte Physiker erinnerte daran, dass der Konzern bei der Einführung der Kernkraft in der Bundesrepublik zu den treibenden Kräften gehört hatte und dieser Energieform bis zuletzt - etwa durch die Teilnahme an der Kampagne zur Laufzeit-Verlängerung - in Treue fest verbunden blieb. Und wer solche Gefahren nicht scheut, der nimmt auch gerne die Gefährdungen in Kauf, die von dem als Kunststoff-Zwischenprodukt verwendeten Giftgas Phosgen ausgehen, obwohl die Konkurrenz teilweise bereits Alternativ-Verfahren in Betrieb hat. Aber BAYER zeigt zu einer Umstellung ebenso wenig Bereitschaft wie dazu, zu Gunsten einer unbedenklicheren Vorort-Fertigung des lebensbedrohlichen Kohlenmonoxids (CO) auf eine fast 70 Kilometer lange, Wohngebiete streifende Pipeline zu verzichten, monierte der CBGler. Wohin diese

Haltung führen kann, das hatte vor drei Jahren die Explosion in Institute deutlich gemacht, bei der zwei Menschen starben. Was der Gen-Gigant als Risikobereitschaft darstellt, bezeichnete das US-amerikanische „Chemical Safety Board“ in einer Untersuchung des Vorfalles laut Mimkes als mangelnde Anlagen-Sicherheit. „Der Tod der Arbeiter ist umso tragischer, als er hätte vermieden werden können“, zitierte er aus dem Untersuchungsbericht.

CO & Co.

Auf das vom CBG-Vorständler nur gestreifte Thema „CO-Leitung“ ging Dieter Donner von der Initiative STOPP-BAYER-CO-PIPELINE, die gemeinsam mit anderen Bündnissen weit mehr als 110.000 Unterschriften gegen die Giftgas-Leitung gesammelt hat, um so ausführlicher ein. Und auch ihm kam dabei Fukushima in den Sinn. „Das Gas Kohlenmonoxid, das Sie durch diese Pipeline leiten wollen, ist extrem heimtückisch und im Falle einer Leckage in seiner Wirkung durchaus Auswirkungen eines Atomunglücks vergleichbar“, redete der Aktivist dem Vorstand ins Gewissen. Angesichts katastrophaler Katastrophen-Pläne, bestehender Alternati-

ven und einer wegbrechenden Geschäftsgrundlage für die Pipeline - der CO-Überschuss in Dormagen ex-istiert nicht mehr - forderte er Dekkers zu einem Baustopp auf. Dabei konnte Donner sich auch auf eine Entscheidung des Stuttgarter Verwaltungsgerichts berufen, das ein ähnliches Vorhaben zu Fall gebracht hat, weil es wie das BAYER-Projekt den von der „Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung“ vorgegebenen Sicherheitsabstand zur Wohnbebauung nicht einhielt. Philipp Strom von der österreichischen GREENPEACE-Sektion zog derweil Parallelen zwischen der Gentechnik und der Kernkraft. „Die größte Gemeinsamkeit ist wohl, dass beide nicht wirklich kontrollierbar sind und dass - wenn etwas schief geht - die Auswirkungen katastrophal und unumkehrbar sind“, so Strom. Und bei BAYER ist da schon etwas schief gegangen. Der Greenpeace-ler erinnerte die AktionärInnen in seiner Rede an BAYERS LL601-Reis, der 2006 plötzlich in allen möglichen Supermarkt-Sorten auftauchte. Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN schließlich nannte in seinem Beitrag noch andere GAU-Kandidaten aus dem BAYER-Angebot: die Nanotechnik und die

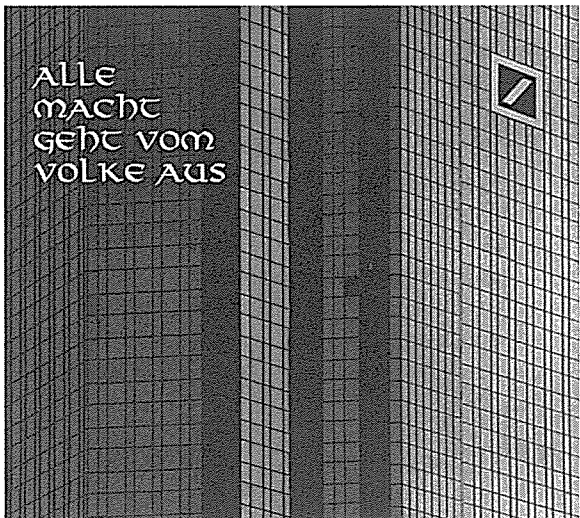


Arbeiterfotografie ist „unbestechlich“
 Historische Gründung 1927 durch den Verleger Willi Münzenberg: Arbeiterfotografie bezieht politische Position. Verbandsneugründung 1978: Brecht-Tochter Hanne Hiob zieht mit dem „Anachronistischen Zug“ gegen Nazi-Größen in deutscher Politik durchs Land...
Arbeiterfotografie bleibt unbestechlich, unbequem - künstlerisch und kritisch
 Fördern Sie Arbeiterfotografie! Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Arbeiterfotografie e.V., Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, KontoNr: 101 656 203

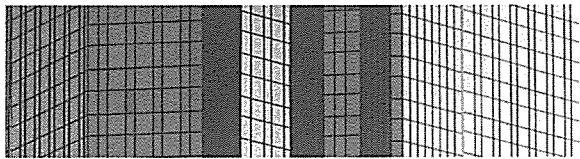
Ja, ich abonniere die **ARBEITERFOTOGRAFIE**
 je Ausgabe 9 Euro incl. Versand (Ausland zzgl. Porto)
 Mein Name _____
 Meine Adresse _____
 Datum, Unterschrift _____
 Die Bezahlung erfolgt gegen Rechnung. Es erscheinen max. zwei Ausgaben pro Jahr.
 Bestellungen an

Galerie Arbeiterfotografie
 Merheimer Str.107
 50733 Köln
 0221 - 727 999
 arbeiterfotografie.com

ABC



EDITION zum 20jährigen Bestehen der Galerie bitte anfragen (7 Fotoarbeiten, 1 Grafik in Jubiläumsbox)
 Das Motiv „Alle Macht geht vom Volke aus“ ist Bestandteil der Ausstellung „Rettet den Reichtum“
 20 Jahre GALERIE ARBEITERFOTOGRAFIE



für das weltweite Bienensterben mitverantwortlichen Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide. „Meine Damen und Herren, auch wenn die Bienen nur kleine Mitbewohner unseres Planeten sind - ohne sie können wir einpacken. Sie sind nämlich maßgeblich verantwortlich für die Bestäubung der Pflanzenwelt und damit für die weltweite Lebensmittel-Produktion. Ohne Bienen keine Lebensmittel - so einfach ist das. Und wenn der kritische Punkt überschritten ist, dann haben wir eine BAYER-verursachte Menschheitskatastrophe!“ mahnte er.

Ein Menetekel für diese Apokalypse stellten 2008 die Ereignisse in der Rheinebene südlich von Karlsruhe dar. „Über 12.500 Bienenvölker sind damals nachweislich durch das BAYER-Saatgut PONCHO bzw. PONCHO PLUS vergiftet worden“, klagte der Imker Christoph Koch an. Der Leverkusener Multi machte jedoch nicht die Produkte an sich, sondern nur eine fehlerhafte Verarbeitung dafür verantwortlich. Obwohl er diese Mängel inzwischen behoben hat, kommt es in Ländern wie Österreich, in denen der Konzern die Mittel nach wie vor verkaufen darf, weiterhin zu Vergiftungen. Dafür hatte Koch sogar Beweismaterial mit nach Köln gebracht. Er zeigte ein großes Foto mit einem Mais-Saatkorn hoch, dessen Beiz-Hülle aufgeplatzt war und erläuterte: „Dieser Abrieb, dieses Absplittern aber ist der Grund für die immer noch stattfindenden Bienenvergiftungen“. Aufgrund dieser neuen Befunde stellte auch sein Kollege Walter Häfeker, der Präsident des Europäischen Berufsimkerverbandes EPBA, fest: „Eine bienen-ungefährliche Anwendung dieser Produkte ist offensichtlich in der Praxis nicht möglich“. Und dass die BienenzüchterInnen mit dieser Meinung nicht alleine dastehen, demonstrierte an diesem Freitag

Stephanie Brancaforte vom Kampagnen-Netzwerk AVAAZ.ORG. Sie übergab der Vorstandsriege eine Petition zum Verkaufsstopp von PONCHO & Co., die über 1,2 Millionen Menschen unterzeichnet haben. „Diese gewaltige Anzahl Unterschriften bringt das Ausmaß der öffentlichen Besorgnis - und gewiss auch der Empörung - zum Ausdruck“, erläuterte Brancaforte.

Da brauchte der Imker Bernhard Heuvel gar nicht mehr in eigener Sache zu sprechen, weshalb er die Gelegenheit nutzte, um grundsätzlicher zu werden. „Wie die vielen in den Vorreden vorgestellten Fälle von menschlichem Leid zeigen, scheint hier auch ein allgemeines Problem mit der Risikobewertung vorzuliegen“, konstatierte er. Aus diesem Grund machte der Bienenzüchter dem Agro-Riesen den Vorschlag, nicht erst ein Produkt zu entwickeln und anschließend eine Risiko-Bewertung vorzunehmen, sondern es von Anfang auf mögliche Nebenwirkungen hin zu untersuchen.

Sicher, sicherer, BAYER

Der Leverkusener Multi sah dazu keinerlei Veranlassung. Seine Pestizide hält er bei sachgerechter Anwendung für bienensicher. Gleiches gilt auch für seine Gentransplanten. „Bei der Gentechnik gibt es wissenschaftlichen Studien zufolge keine Risiken“, beschied Dekkers Philipp Strom. In puncto „Phosgen“ kannte der Holländer ebenfalls keine Bedenken. „Ich kann Ihnen versichern, dass der Umgang mit Phosgen sicher ist“, antwortete er dem CBGler Philipp Mimkes. Und bei der geplanten Kohlenmonoxid-Pipeline gewährte der Konzern sogar Sicherheit über das geforderte Maß hinaus. So war Fukushima dann nicht mehr überall bei BAYER, sondern nirgends. Dass Axel Köhler-Schnura

BAYER in die Nähe von Atom-Katastrophen rücke, zeige, wie genau er es mit der Realität nehme, hielt der BAYER-Chef dem CBGler deshalb vor.

Wie nicht anders zu erwarten, empfand der Vorstandsvorsitzende auch den übrigen Teil der Rede Köhler-Schnuras als wirklichkeitsfern. Dabei zeigte der Diplom-Kaufmann nicht nur die Ursache für die real existierende Gemeingefährlichkeit vieler Produkte, Produktionen und Projekte des Multis auf - die gnadenlose Profit-Jagd -, er schilderte darüber hinaus die Auswirkungen der Rendite-Vorgaben auf die Belegschaft und konnte dafür sogar mit konkreten Zahlen aufwarten. „4.500 Arbeitsplätze sollen an den alten BAYER-Standorten vernichtet werden“, monierte das CBG-Vorstandsmitglied und prangerte überdies die ständig zunehmende Arbeitsverdichtung und die ständig abnehmenden Steuerzahlungen an. Das alles mochte Dekkers nicht auf sich sitzen lassen. „Sie liegen mit ihrer pauschalen Kritik an unserem Unternehmen total daneben“, teilte er dem Konzern-Kritiker mit und resümierte in Anspielung auf die DKP-Mitgliedschaft von Köhler-Schnura: „Mir ist bewusst, dass Sie ein völlig anderes Wertesystem haben“.

Das scheint aber mittlerweile auch ein Teil der eigenen Belegschaft zu haben. Zum ersten Mal seit vielen Jahren nutzten Beschäftigte die Hauptversammlung wieder als Forum für Kritik an dem Pharma-Riesen. Eine Lohnabhängige zog in ausgesprochen mutiger Weise und sehr anschaulich eine bittere Bilanz der 2006 erfolgten SCHERING-Übernahme und gab ihrer Sorge um den Pharma-Standort Berlin Ausdruck. Versprach BAYER den SCHERINGlerInnen damals „weitere Vorteile“ aus dem Zusammenschluss, so ist davon heute nichts zu sehen. Arbeitsplatzver-

SoZ Sozialistische Zeitung
23. Juli 2011

Landwirtschaft und Wachstumswang

SoZ-THEMA
Seite 12-14
Was wieder? Lie, Mu?!

Das Gespräch
Seite 8

Libros
Seite 9

Stuttgart 21
Seite 6

Kapital & Arbeit
Seite 10

Schuldenrott
Seite 11

Arbeitslose
Seite 13

Feuilleton

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

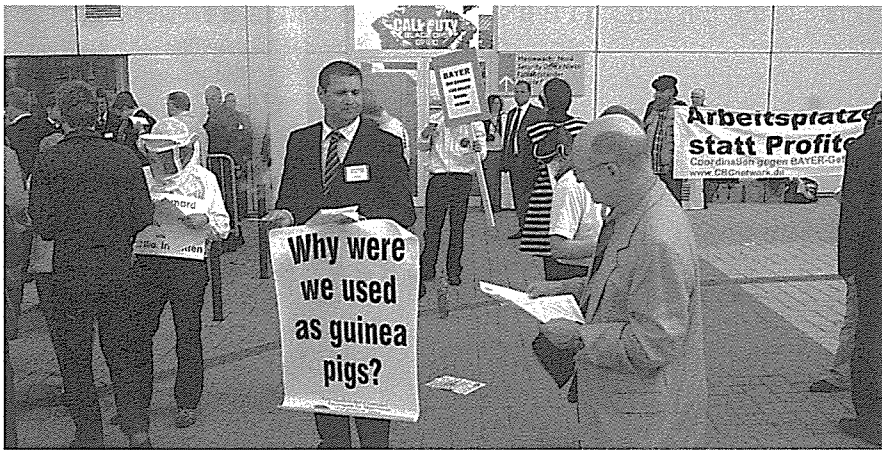


Foto: Anabel Schnura

DUOGYNON-Geschädigte protestieren

nichtung im großen Stil, Reduzierung des dortigen Vorstands, Streichung des Namens „SCHERING“ und Verlegung der Leitung nach Leverkusen - Maßnahmen wie diese „kann man nicht als Erfüllung der Zusage werten“, meinte die Belegschaftsangehörige. Dekkers jedoch ging mit keinem Wort auf die Zukunftsängste der BerlinerInnen ein; für ihn blieb der Erwerb von SCHERING „eine Erfolgsgeschichte“. Eine solche dokumentiert für den Manager auch der Nachhaltigkeitsbericht des Global Players, obwohl dieser einen erhöhten Kohlendioxid-Ausstoß, Schadstoff-Emissionen en masse und Störfälle dokumentiert, wie der Autor dieses Artikels darlegte. „Zur Kritik besteht kein Anlass“, entgegnete Dekkers ihm.

In den angesprochenen Nachhaltigkeitsberichten finden sich ebenfalls regelmäßig Bekenntnisse zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Tierversuchen. „Die Prinzipien gelten auch für externe Studien und werden von unserem Tierschutz-Beauftragten kontrolliert“, heißt es da etwa. Wie wenig das der Realität entspricht, schilderte die Tierärztin Christine Esch von der Tierrechtsorganisation PETA. Sie berichtete von unhaltbaren Zuständen bei einem Unternehmen, das für BAYER das Flohmittel ADVANTAGE testen ließ. Die Beschäftigten schleuderten die Tiere in ihre Käfige, spritzten sie mit Hochdruck-Reinigern ab und rissen ihnen die Krallen heraus. Und natürlich kein BAYER-Tierschutzbeauftragter weit und breit. Warum der Multi nicht dafür gesorgt habe, den Kreaturen dieses Leid zu ersparen, wollte Esch wissen. Der BAYER-Chef bekundete, sofort nach Veröffentlichung des PETA-Recherchematerials die Geschäftsbeziehungen zu dem Kooperationspartner abgebrochen zu haben - eine dreiste Lüge, denn zu dem Zeitpunkt waren die ADVANTAGE-Versuche schon längst

beendet. Die anderen Fragen von Christine Esch beantwortete er dann - wenn überhaupt - ähnlich inadäquat, wie diejenigen der anderen RednerInnen. Philipp Mimkes, dem der Versammlungsleiter Manfred Schneider überdies noch das Wort entzog, veranlasste das, Widerspruch zu Protokoll zu geben.

BeobachterInnen, die BAYERs Antwort-Praxis aus den früheren Jahren noch nicht kannten, hat dieses Verhalten, besonders den Medikamenten-Geschädigten gegenüber, tief verstört. „Wenn Menschen von Angesicht zu Angesicht von ihrem Leiden erzählen und das einfach weggewischt wird - ich habe das als unmenschlich empfunden. Ich konnte es menschlich nicht nachvollziehen, und das schockt mich“, hielt der Imker Bernhard Heuvel in seiner Nachbetrachtung fest. Einer Aktionärin erging es genauso. „Ich bin eigentlich kein sonderlich emotionaler Mensch, aber die Rede zum Thema „Schädigungen durch die Antibabypille“ hat mich trotzdem sehr berührt. Umso unverständlicher fand ich dann die Reaktion darauf, und es hat mir für die Betroffenen sehr leid getan, so abgekanzelt worden zu sein“, schrieb sie der Coordination nach der Hauptversammlung. Die Frau hatte daraus die Konsequenz gezogen, zum ersten Mal in ihrem Leben gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zu stimmen. Und genau wegen solcher Reaktionen lohnt der ganze Einsatz, der besonders den Pharma-Geschädigten viel Stärke und Mut abverlangt: Bis zu drei Millionen aller Aktien stimmten mit „Nein“. Das entspricht wegen der Macht der GroßaktionärInnen allerdings „nur“ knapp einem Prozent des anwesenden Kapitals. Die anderen 99 Prozent interessierte herzlich wenig, welche Risiken und Nebenwirkungen mit der gnadenlosen Profit-Jagd des Konzerns verbunden sind.

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
29. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeiter: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN (CBG) erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen. Darüber hinaus wurde CBG-Gründer und -Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura mehrfach für seine Arbeit im Rahmen der Coordination ausgezeichnet bzw. für Auszeichnungen nominiert:

1998 „BUSINESS CRIME CONTROL“-Preis • 2000 Zivilcourage-Preis • 2008 nominiert für den Alternativen Nobelpreis.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg († 2003)

Die Rede des DUOGYNON-Geschädigten Andre Sommer

„Geben Sie der Wahrheit eine Chance!“



Anabel Schnura

Andre Sommer auf der Hauptversammlung

Ein Schwangerschaftstest der mittlerweile zu BAYER gehörenden Firma SCHERING hat bis Ende der 1970er Jahre zu schweren Missbildungen bei Neugeborenen geführt. Der Grundschullehrer Andre Sommer, der auch Website www.duogynonopfer.de betreibt, gehört zu den Geschädigten. Er führt einen Prozess gegen den Konzern, um Gewissheit zu erhalten, ob SCHERING damals von den Risiken und Nebenwirkungen wusste und verlangte auch auf der Hauptversammlung Auskunft darüber.

Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Andre Sommer, und ich spreche zum Thema DUOGYNON. Ich möchte Sie bitten, mir die nächsten fünf Minuten zuzuhören. Es ist mir wichtig,

Ihnen unsere Sicht der Dinge zum Thema „DUOGYNON“ aufzuzeigen. DUOGYNON war ein SCHERING-Produkt. Es wurde fast drei Jahrzehnte unter anderem als hormoneller Schwangerschafts-

test eingesetzt. Die Wirkstoffe, die in zwei Tabletten DUOGYNON enthalten waren, entsprechen heute in etwa zwei bis drei Monatsrationen hormon-basierter Antibabypillen. Die zwei Dragees sollten

die Regel einleiten, war dies nicht der Fall, sollte man schwanger sein. Unter der Hand nahm man diese Pillen auch zum gewollten Schwangerschaftsabbruch ein. Dazu musste man dann sechs Tabletten einnehmen. Dies sage ich nur, damit Sie sehen, zu was dieses Medikament fähig war. In Normaldosierung (also zwei Tabletten) ein Schwangerschaftstest, in Überdosierung (fünf bis sechs Tabletten) ein unerlaubtes Abbruchmittel. Absurd oder? Liegt es da nicht nahe, dass dieses Medikament auch zu Missbildungen fähig war?

Vor nunmehr anderthalb Jahren haben wir bei der BAYER AG angefragt, ob wir Auskunft über DUOGYNON und Informationen über den Verdacht von Missbildungen bekommen. Dies wurde abgelehnt. Erst danach wurde eine Auskunftsklage eingereicht. Aus welchem Grund verweigert BAYER-SCHERING die Auskunft über DUOGYNON?

In den mehr als 3.500 Emails und Briefen, die mich seit nun zehn Monaten erreichen, sprachen sehr viele Frauen über dieselben Symptome: entsetzliche Krämpfe, Bauchschmerzen, Ausfluss, ungewollte Schwangerschaftsabbrüche kurz nach der Einnahme; Totgeburten ...

Viele Kinder, deren Mütter DUOGYNON einnahmen, kamen mit schweren Missbildungen zur Welt, wie offenem Rücken, Wasserköpfen, Verstümmelungen an den Gliedmaßen und urogenitale Schäden, wie Nierenschäden, Harnleiter-Fehlbildungen oder Blasen-Ekstrophen.

Es waren schreckliche Schilderungen: Mütter schrieben, dass ihre Kinder nach entsetzlichem Leid aufgrund von Wasserköpfen oder offenem Rücken nach wenigen Tagen oder Wochen starben. Die Kinder leiden bis heute unter den Missbildungen. Sie können kein selbstbestimmtes oder glückliches Leben führen, sind auf Hilfe anderer angewiesen und leben am Rande der Gesellschaft.

Eines ist aber bei allen Menschen, die uns anscrieben, gleich. Sie alle beschäftigt dieses Thema seit über 30 Jahren. Sie leben tagtäglich mit dem Trauma und denken, wenn nicht täglich, dann immer wieder daran und stellen sich die Frage nach dem Warum. Warum wurde mein Kind schwer geschädigt oder starb?

Die Menschen wollen nur endlich Gewissheit haben, ob DUOGYNON schuld an Missbildungen hatte oder nicht. Wie kommt BAYER darauf, dass so etwas jemals für diese Menschen verjährt? Wie kann sich ein deutsches Vorzeige-Unter-



DUOGYNON-Geschädigte bei ihrer Prozession

Foto: Anabel Schnura

nehmen auf die Verjährung berufen? Begreifen Sie nicht, was es für die mutmaßlichen Opfer bedeutet, wenn Sie sagen, dass dies verjährt sein soll? Das hat juristisch in der ersten Instanz geklappt, aber wenn man es rein menschlich betrachtet, dann ist ein solches Verhalten einfach nur unverständlich, um nicht zu sagen abstoßend. Wo sind denn hier ihre BAYER-LIFE-Werte, die sie heute morgen vorgestellt haben? Wo sind sie? Wo ist die Integrität? Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Herr Hüppe, hat sich vorige Woche persönlich an den Vorstand der BAYER AG gewandt. Wörtlich heißt es: „Aus meiner Sicht wird nicht angemessen mit den betroffenen Menschen umgegangen, weil sie keine Möglichkeit haben, Einsicht in für die Auf-

„Begreifen Sie nicht, was es für die mutmaßlichen Opfer bedeutet, wenn Sie sagen, dass dies verjährt sein soll?“

klärung eventuell relevante Unterlagen zu erhalten ... Gleichwohl bin ich der Ansicht, dass es gute Gründe gibt, die Haltung Ihres Unternehmens in dieser Angelegenheit zu überdenken..... Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Ihr Unternehmen aktiv diesen Prozess initiieren und auf die betroffenen Menschen zugehen würde, anstatt sich nur auf eine formal korrekte Rechtsposition zu berufen“. Warum sprechen Sie nicht mit uns? Sie haben sogar einen Vergleichsvorschlag abgelehnt, bei dem ich auf alle Schadens-

ersatzansprüche verzichtet hatte, nur um dann den Einblick in die Unterlagen zu bekommen. Wo ist dort die Fairness und die Transparenz, die Sie auf Ihren Firmen-Seiten propagieren?

Uns liegen unabhängige Tierversuche und Dissertationen vor, die Fragen aufwerfen. Ihre Tierversuche sollen keine eindeutigen Zusammenhänge aufzeigen. Wie hat SCHERING dieses Medikament geprüft? Zu welchen internen Schlüssen kam man? Wo kann ich die Tierversuche einsehen? Innerhalb von nur zehn Monaten haben sich 325 deutsche mutmaßlich Geschädigte gemeldet. Zahlreiche Medien wie SPIEGEL, STERN, STERN TV, FRONTAL 21, TAGESTHEMEN, HEUTE JOURNAL, BR, SWR, RBB und viele mehr haben darüber berichtet und es werden noch einige folgen.

Immer wieder wurde gefragt, wie BAYER die unterschiedliche Vorgehensweise in England und Deutschland erklärt, handelte es sich doch um dasselbe Unternehmen? In England wurde 1970 ein äußerst gut lesbarer Warnhinweis auf den Packungen angebracht, dass DUOGYNON (PRIMODOS) nicht während der Schwan-



Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.

www.CBGnetwork.org

Foto: Anabel Schnura



BAYER-Chef Dekkers während der HV

gerschaft eingenommen werden darf. In Deutschland erfolgte erst 1978 ein dezentraler Hinweis in den Packungsbeilagen. Warum wurde erst so viel später in Deutschland davor gewarnt?

Das Kammergericht Berlin wird sich nun mit dem Fall beschäftigen und es kann sich noch zu einem jahrelangen Rechtsstreit vor dem Bundesgerichtshof entwickeln. Es wird sich zeigen, was vor Gericht passiert und wie sich die Sache dort entwickelt. Wir bieten Ihnen jederzeit Gespräche an. Sprechen Sie mit uns, und lassen Sie uns den Fall endgültig klären. Nutzen Sie die Chance, und geben Sie den Menschen endlich Gewissheit. Wenn

Sie Ihren Weg weitergehen, dann besteht die Möglichkeit, dass alle Medien in Deutschland in naher Zukunft über den größten Medikamenten-Skandal nach CONTERGAN berichten werden.... Wollen Sie das? Soll BAYER mit so was in Verbindung gebracht werden oder wäre es nicht besser, wenn man miteinander spricht und zu einer fairen Lösung kommt?

Wir wollen einfach nur Gewissheit und Antworten. Sollte sich keine Schuld an Missbildungen in allen Unterlagen nachweisen lassen, dann höre ich sofort auf. Sollten dem Unternehmen aber Unterlagen bekannt sein, die auf Zusammenhänge schließen lassen, so muss es eine

angemessene Stiftungslösung für alle Geschädigten geben!

Es ist nicht meine Lebensaufgabe, hier zu stehen und gegen BAYER vorzugehen. Es gibt gewisse Werte, die auch BAYER einhalten sollte! Die auf ihrer Homepage genannt werden: Fairness, Respekt als eine Richtschnur für das Handeln, Verantwortung übernehmen für Aufgaben und Ergebnisse, Erfolge und Misserfolge.... Halten Sie sich daran, und reden Sie mit uns!

Wenn BAYER öffentlich die Auffassung vertritt, dass erwiesen sei, dass DUOGYNON nicht fruchtschädigend gewirkt habe, aus welchem Grund wird denn dann die Auskunft nicht erteilt? Dies ist der Öffentlichkeit nicht vermittelbar und schadet dem Unternehmen. Lassen Sie uns die Diskussion nun gemeinsam beenden.

Nun bitte ich Sie um Ihre Unterstützung! Stimmen Sie für unseren Gegenantrag. Es geht uns um Gewissheit und eine endgültige Antwort. Lassen Sie uns die Akte DUOGYNON endlich schließen und das Thema beenden. Geben Sie der Wahrheit eine Chance.

Vielen Dank fürs Zuhören, und ich wünsche Ihnen noch einen guten Heimweg und ein schönes Wochenende.



Business Crime Control

Die Bürger- und Menschenrechtsorganisation seit 1991

BCC wurde vor nunmehr 20 Jahren von Hans See, Dieter Schenk und anderen mit dem Ziel gegründet, die Öffentlichkeit gegen die Verletzung der Bürger- und Menschenrechte durch Missbrauch von privater und öffentlicher Wirtschaftsmacht zu mobilisieren. Es ging und geht dem Verein noch immer um die Ergänzung der klassischen Formen der Kritik der politischen Ökonomie, die sich hauptsächlich auf die legalisierten Formen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft konzentriert. Das ist notwendig, reicht aber nicht mehr aus.

Dass Wirtschaftskriminalität, Organisierte Kriminalität, Korruption und andere Wirtschaftsverbrechen in der traditionellen Kapitalismuskritik nahezu völlig ausgeblendet bleiben, liegt in der weit verbreiteten Auffassung begründet, dass der Kapitalismus auch ohne Wirtschaftskriminelle ein Verbrechen an Mensch und Natur ist. So richtig das nach wie vor ist, so falsch und gefährlich ist die daraus gezogene Schlussfolgerung, man könne deshalb die kriminelle Seite der Ökonomie ignorieren oder als „Nebenwiderspruch“ abtun, der sich mit der Abschaffung des Kapitalismus erledigt.

BCC hat zwar in den vergangenen 20 Jahren das wirtschaftskritische Bewusstsein stark auf jene betrügerischen und räuberischen Formen der Ausbeutung von Mensch und Natur gelenkt, die im notwendigen, überwiegend gewerkschaftlich geführten Kampf gegen die legalisierte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft vernachlässigt wurde. Was jedoch dringend erforderlich und noch zu leisten ist und von BCC versucht wird, ist die klassische Kritik der politischen Ökonomie durch eine Kritik der kriminellen Ökonomie zu ergänzen, um die Demokratiebewegung wieder in die Offensive zu bringen.

Ein Weg zu diesem Ziel ist die materielle und ideelle Unterstützung der Arbeit von Business Crime Control e.V. durch Mitgliedschaft oder ein Abo der Vierteljahreszeitschrift BIG Business Crime. Nähere Informationen zur Theorie und Praxis der Kritik der kriminellen Ökonomie finden Sie auf den Internetseiten:

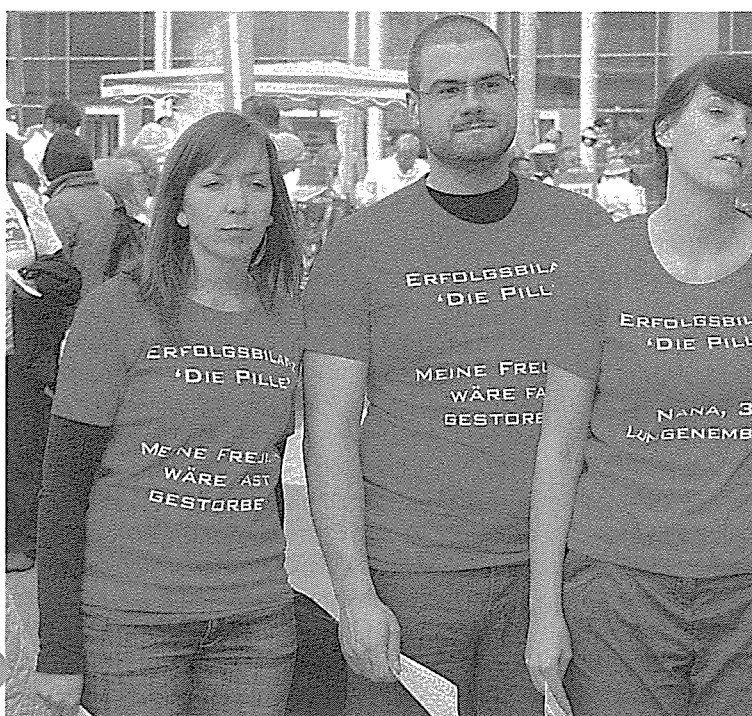
www.businesscrime.de / www.wirtschaftsverbrechen.de

VERÄNDERUNG BLEIBT

 **taz. die tageszeitung**

AB SOFORT KÖNNEN SIE DIE GEDRUCKTE TAZ FÜNF WOCHEN LANG FÜR
NUR 10 EURO PROBEWEISE ABONNIEREN. DAS E-PAPER DER TAZ ERHALTEN
SIE EINEN MONAT LANG FÜR 10 EURO IM DIGITALEN ABO.

www.taz.de/abo | abo@taz.de | T (030) 25 90 25 90



Gruppenbild mit Mann

Doch gerade diese Wirkungsweise von Drospirenon stellt auch dessen größtes Problem dar. Der Wirkstoff entzieht dem Körper besonders viel Wasser, wodurch sich das Blut verdickt und das Thrombose-Risiko der Anwenderinnen enorm erhöht wird. Eine solch gesteigerte Thrombose-Gefahr im Vergleich zu älteren Präparaten haben zahlreiche Studien unabhängiger Wissenschaftler nachgewiesen und belegt: So wurde etwa in einer niederländischen Studie aus dem Jahr 2009 ein bis zu fünffach erhöhtes Thrombose-Risiko und in einer dänischen Studie aus demselben Jahr ein doppeltes Risiko im Vergleich zu Präparaten ohne Drospirenon festgestellt. Auch zwei erst kürzlich erschienene neue medizinische Studien weisen auf ein erhöhtes Risiko von Blutgerinnseln hin. Untersuchungen auf der Grundlage von britischen und amerikanischen Daten ergaben hier ein bis zu dreifach erhöhtes Risiko gegenüber älteren Pillen.

Die Verwendung von Drospirenon in der YASMIN-Produktfamilie ermöglichte es BAYER jedoch, die Pillen als Schlankmacher zu bewerben, die dem ganzen Körper guttun und über einen „Feel-Good-Effekt“ verfügen. Profitgierig hat BAYER damit Millionen junger Mädchen geködert und sie so einer erheblich größeren Gesundheitsgefahr ausgesetzt. Doch ist eine solche Unternehmenspraxis zu Lasten derer, die Ihnen ihr Vertrauen aussprechen, indem Sie ihre Produkte kaufen, tatsächlich zu rechtfertigen, Herr Dr. Dekkers?

Ihr Haus war im vergangenen Jahr auch auf der Hauptversammlung, der ich ebenfalls hier zu Ihnen habe, stets darum bemüht, den positiven Risiko-Nutzen-Prozess der MIN-Pillen festzuhalten. Studien, die von BAYER selbst initiiert und finanziert sind, hingewiesen auf ein vergleichbares Risiko von Thrombozytopenie mit den Pillen. Die Daten gehen auf die 1990er Jahre zurück. Betroffen als bedauerliche Einzelfälle. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, Herr Dekkers: Sind 12 tote Frauen in Deutschland und rund 200 tote Frauen

„Sie machen mit diesen Pillen jährlich einen Umsatz von einer Milliarde Euro! Ist das der Grund, warum Sie nicht handeln wollen?“

nach der Einnahme einer YASMIN-Familie wirklich als bewerten?

Und auch ich bin heute hier. Ich bin kein anonymer Einziger. Felicitas, 26 Jahre und erlitt vor halb Jahren durch die Einnahme der Antibabypille YASMINELLE eine Lungenembolie mit akutem Tod und einer Überlebenschance von 50 Prozent. Ich war für 20 Minuten tot. Mit mir sind hier: Nana, 30, mit 30 nach Einnahme der Pillen eine Lungenembolie mit 29 nach



nen Jahr und
lung 2010, bei
en gesprochen
weiterhin am
ofil der YAS-
ets wurde auf
ierten und fi-
esen, die von
drospirenon-
älterer Gene-
fene wurden
abgetan. Ich
ssen, Herr Dr.
n in Deutsch-
en in den USA

llen
über
as etwa
t

Pille aus der
Einzelfälle zu

nicht allein –
elfall: Ich bin
tt vor einein-
innahme der
eine doppelte
Herzstillstand
von drei Pro-
n klinisch tot.
lungenembolie
YAZ. Susan,
Einnahme der

YASMINELLE. Britta, beidseitige Lungen-
embolie mit Rechtsherz-Insuffizienz mit 32
nach Einnahme der YASMINELLE. An-
tonia, sieben Lungenembolien ab dem Al-
ter von 16 Jahren nach der Einnahme der
YASMIN. Und es sind Angehörige und
Freunde von jungen Frauen hier, auch von
Frauen, die nicht mehr selbst kommen
konnten. Weil sie tot sind. Oder schwerst-
behindert. Auch die Mutter von Céline,
der jungen Schweizerin, die im Alter von
16 Jahren die YAZ einnahm und seither
spastisch gelähmt ist, nicht mehr spre-
chen oder laufen kann und künstlich er-
nährt werden muss, auch ihre Mutter wä-
re heute gerne gekommen. Sie ist verhin-
dert, weil sie erfreulicherweise gerade in
der Schweiz einen Prozess gegen BAYER
führt! Auch ein Mann aus Österreich wä-
re heute gerne hier, der mich eines mitt-
wochabends anrief und sagte, dass er ge-
rade die Beerdigung seiner 21-jährigen
Tochter vorbereitet. Sie nahm ebenfalls
eine Antibabypille aus der YASMIN-Fami-
lie. Kathrin Weigele, die im vergangenen
Jahr hier ebenfalls zu Ihnen gesprochen
hatte und die mich beim Verfassen dieser
Rede unterstützt hat, wäre heute auch
gerne hier. Sie erlitt im Alter von 24 Jah-
ren nach der Einnahme der YASMIN eine
schwere beidseitige Lungenembolie mit
einer Überlebenschance von fünf Prozent.
Aufgrund dringend notwendiger Reha-
Maßnahmen kann sie heute leider nicht
hier sein. Die Liste der Namen ließe sich
beliebig weiterführen. Seit Kathrin Wei-
gele und ich an die Öffentlichkeit getreten



sind, haben sich zahlreiche betroffene Mädchen und Frauen sowie deren Familien an uns gewandt.

Herr Dr. Dekkers, wie können Sie angesichts der stetig steigenden Anzahl an Geschädigten immer noch von Einzelfällen sprechen? Wie können Sie weiterhin ein positives Sicherheitsprofil der von Ihnen vertriebenen Antibabypillen propagieren? Wie viele Opfer und Todesfälle gibt es wirklich? Warum werden Angaben zur Häufigkeit von schweren Nebenwirkungen und sogar Todesfällen vom BAYER-Konzern weiterhin verschwiegen? Wann legen Sie endlich alle Ihnen gemeldeten Nebenwirkungen und Anwendungsstudien offen?

Wir stehen hier als Betroffene oder als Angehörige im Namen unzähliger Frauen, die durch Ihre drospirenon-haltigen Pillen das Leben verloren haben oder schwer geschädigt wurden. Wir stehen hier - Reagieren Sie endlich auf uns!

Als Marktführer auf dem Gebiet der Antibabypillen tragen Sie mit die Verantwortung für etwa 100 Millionen Frauen, die weltweit mit der Pille verhüten. Auch auf der Homepage der BAYER-HEALTHCARE, einem Ihrer Tochterunternehmen, ist zu lesen: „Wir arbeiten nachhaltig und stel-

len uns unserer Verantwortung als sozial und ethisch handelndes Unternehmen“. Gehört zu einer solchen Verantwortung nicht auch die ehrliche und umfassende Aufklärung über die Risiken Ihrer Produkte? Im März 2010 wurden Sie von verschiedenen europäischen Arzneimittelbehörden, darunter auch dem deutschen „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“, dazu aufgefordert, den Beipackzettel der YASMIN-Produkte zu

„Wir stehen hier - Reagieren Sie endlich auf uns!“

ändern. Sie wurden dazu aufgefordert, diesen um Risiko-Hinweise zu ergänzen und auf die erhöhte Thrombose-Gefahr unter Drospirenon hinzuweisen. Meine Frage an den Vorstand: Warum ist bis heute nichts passiert? Der „aktuelle“ Beipackzettel und die Fachinformation sind auf dem Stand von Mai 2009! Gibt es eine Frist zur Umsetzung der Änderungen? Wenn ja, wann endet diese? Bisher sind Sie Ihrer viel zitierten Verantwortung in keinsten Weise nachgekommen. Stattdessen streichen Sie munter weiter Gewinne ein und gefährden weiterhin das Leben junger Frauen.

Ihre Untätigkeit ist allumfassend. Warum werden Studien und Hinweise unabhängiger Wissenschaftler weiterhin nicht ernst genommen? Warum werden Aufforderungen der Behörden einfach übergangen? Auf der letzten Hauptversammlung kündigten Sie an, dass Sie in Zusammenarbeit mit dänischen Wissenschaftlern der vorhin genannten Studie eine weitere Überprüfung des Thrombose-Risikos anstreben. Doch was ist daraus geworden? Liegen Ihnen da schon Ergebnisse vor?

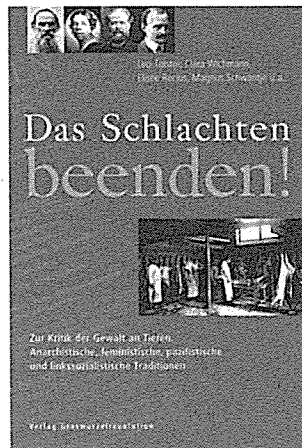
Herr Dr. Dekkers, Sie sind seit Oktober Vorstandsvorsitzender. Warum haben Sie immer noch nicht gehandelt? Vielleicht etwa weil die Pillen der YASMIN-Gruppe zu Ihren umsatzstärksten Medizinprodukten gehören? Sie machen mit diesen Pillen jährlich einen Umsatz von über einer Milliarde Euro! Ist das etwa der Grund, warum Sie nicht handeln wollen und lieber den Tod weiterer Mädchen im vergangenen Jahr in Kauf genommen haben? Rechtfertigen Umsatzsteigerungen etwa, dass man Frauen ohne ausführliche und umfassende Aufklärung einer erhöhten Thrombose-Gefahr und somit auch einer konkreten Lebensgefahr aussetzt?

Wir haben Ihnen vergangenes Jahr ein Gesprächsangebot unterbreitet, haben

Verlag Graswurzelrevolution



Ulrike Bürger
Staudamm oder Leben!
 Indien: Der Widerstand an der Narmada
 222 Seiten, 14,90 Euro
 ISBN 978-3-939045-15-1



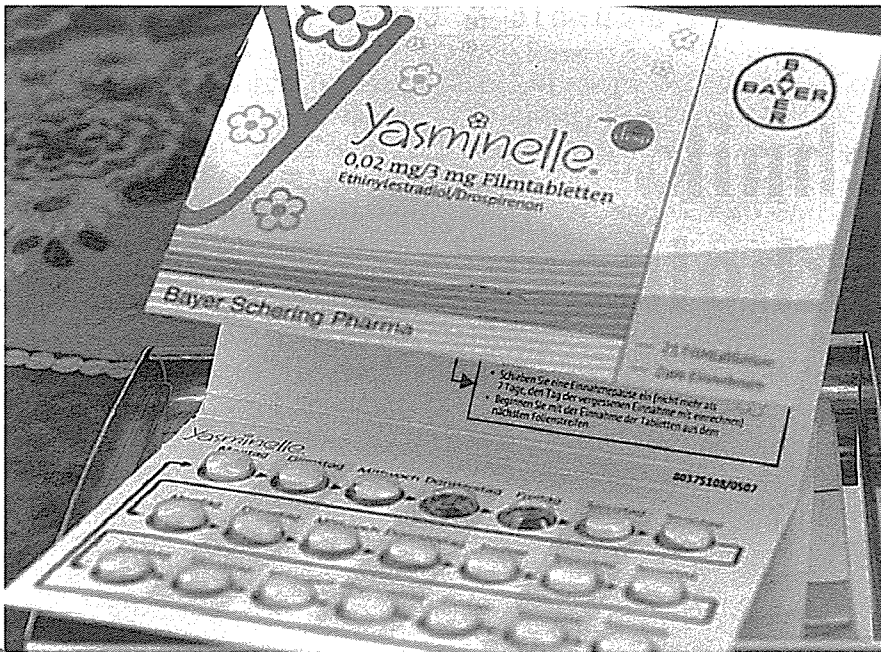
Leo Tolstoj, Clara Wichmann, Elisée Reclus, Magnus Schwantje u.a.
Das Schlachten beenden!
 Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, pazifistische, feministische und linkssozialistische Traditionen
 192 Seiten, 14,90 Euro
 ISBN 978-3-939045-13-7



Graswurzelrevolution
 Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Jahresabo (10 Ausg.) 30,00 Euro
 Schnupperabo* (3 Ausg.) 5,00 Euro Vorkasse
 Auslandsabo 40,00 Euro
 Förderabo 55,00 Euro

* Verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.



Der Stein des Anstoßes

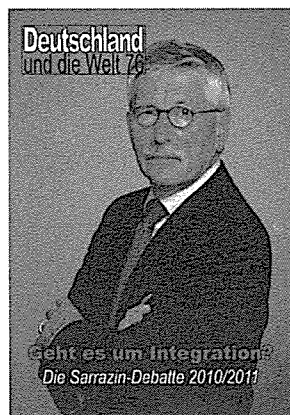
Sie und Ihr Unternehmen auf der letzten Hauptversammlung dazu aufgefordert, sich des Themas endlich anzunehmen und auf die Betroffenen zuzugehen. Sie haben nicht reagiert. Wenn Sie so von der Ungefährlichkeit Ihres Produkts überzeugt sind, warum können Sie dann nicht mit uns reden? Und sollte es nicht in Ihrem Interesse sein, die Nebenwirkungen der Pille zu erforschen? Und wer könnte besser über die Nebenwirkungen Auskunft geben als wir Überlebende? Sie schweigen uns tot, im wahrsten Sinne des Wortes, stoßen nach der Aktionärsversammlung mit einem Glas Champagner auf Ihr Unternehmen an und hoffen, dass Gras über solche „Störfälle“ wie uns wächst. Aber da haben Sie sich getäuscht. Sie würden uns Betroffene gerne in die Ecke stellen, dass man uns nicht ernst nehmen kann. Aber wir werden nicht aufgeben, bis BAYER endlich Verantwortung übernimmt. In den USA gibt es meines Wissens mehr als 6.000 Klagen gegen BAYER, in Kanada sind es acht. Und in der Schweiz hat der Prozess gerade begonnen. Ich möchte nun von Ihnen wissen, wie viele Klagen Ihnen weltweit bekannt sind, wie viele Vergleiche bereits geschlossen wurden und ob es bereits rechtskräftige Urteile gibt. Dass sich das Thema nicht einfach mehr unter den Tisch kehren lässt, wie Sie es gerne hätten, zeigt auch ein Urteil aus der Schweiz. Dort haben Sie einen Fernsehsender verklagt, der über das Schicksal von Céline berichtet und somit die Diskussion um das erhöhte Thrombose-Risiko drospirenon-haltiger Pillen eröffnet hat. Sie warfen dem Sender vor, „manipulativ“

gearbeitet zu haben und sind grandios vor dem Bundesgericht gescheitert. Warum stellen Sie sich nicht einfach den Fakten, sondern versuchen kritische Stimmen mundtot zu machen? Die Frage ist nun, wer hier manipulativ arbeitet ... Wir Betroffenen hier standen allesamt mitten im Leben, hatten gerade das Studium beendet oder waren schon fest im Berufsleben verankert. Wir sind keine unwissenden, naiven Mädchen, die denken, dass die Pillen Süßigkeiten sind. Wir sind Tierärztinnen, Journalistinnen, Juristinnen, Architektinnen, die darauf vertraut haben, dass die Pille ihnen nicht schaden würde, weil wir nicht die Risikofaktoren erfüllen. BAYER hat uns unserer

körperlichen Unversehrtheit beraubt, manchen sogar das Leben. Keine von uns wird je wieder ganz gesund. Sie haben unser Leben und das unserer Familien komplizierter und anstrengender gemacht. Sie haben uns schreckliche Qualen durchleiden lassen, uns die Unbeschwertheit geraubt und uns zurückgelassen mit der Angst, dass wieder was passieren kann, fremdbestimmt durch Medikamente und Arzt-Besuche. Sie haben uns ein gesundes, selbstbestimmtes Leben unmöglich gemacht. Wir müssen nun blutverdünnende Medikamente nehmen, mit denen wir nicht schwanger werden dürfen. Wir sind junge Frauen Mitte/Ende 20 und dürfen keine Kinder bekommen. Die Antibabypille hat in diesem Fall wirklich ganze Arbeit geleistet. Herr Dr. Dekkers, Sie haben selbst drei Töchter. Würden Sie ihnen eine Pille der YASMIN-Gruppe empfehlen?

Ich zitiere: „Ziel von BAYER HEALTHCARE ist es, Produkte zu erforschen, zu entwickeln, zu produzieren und zu vertreiben, um die Gesundheit von Mensch und Tier weltweit zu verbessern.“ Das lässt sich so zumindest Ihrer Homepage entnehmen. Lebensbedrohliche Erkrankungen, lebenslängliche Behinderungen, Medikamenteneinnahme, lebenslange Folgeschäden und sogar Todesfälle. Verstehen Sie DAS unter „Science for a better life?“ Wir werden solange kämpfen, bis Sie die drospirenon-haltigen Pillen vom Markt genommen haben. Wir waren letztes Jahr hier, wir sind dieses Jahr hier und wir werden wiederkommen. Übernehmen Sie endlich Verantwortung!

Sarrazin



Vorstellung des Buches

„Deutschland schafft sich ab“, Korrektur der wichtigsten Falschinformationen und Verzerrungen. **Ist Integration gescheitert?** Argumentationshilfe für alle, die sich ersthaft mit der Integrationspolitik in Deutschland befassen.

Reinhard Pohl: **Geht es um Integration? Die Sarrazin-Debatte 2010/2011**
2011, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Die Rede von Philipp Strohm zu Genreis & Co.

„Die Gentechnik ist nicht rückholbar!“



Philipp Strohm setzt die Gentechnik auf die Tagesordnung

Foto: Anabel Sch

Ausgehend von BAYERS Genreis-Skandal zeigte Philipp Strohm von der österreichischen GREENPEACE-Sektion die generellen Risiken dieser Technologie auf und forderte zu einem Ausstieg auf.

Sehr geehrte Damen und Herren im Saal,
Sehr geehrter Vorstand,
mein Name ist Philipp Strohm, ich bin Gentechnik-Experte und arbeite für GREENPEACE. Meine Aufgabe ist es insbesondere, die Entwicklung der Gentechnik

in der Landwirtschaft weltweit zu beobachten und sie mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, auf die Natur und natürlich auch auf ihre ökonomischen Auswirkungen auf die Landwirtschaft zu analysieren.

Ich möchte heute über drei Punkte zu Ihnen sprechen, sehr geehrte Damen und Herren:

1. über die ökonomischen Verluste, die die Gentechnik der BAYER AG inzwischen beschert hat - und damit natürlich leider

auch der Dividende Ihrer Aktie, sehr geehrte Damen und Herren und

2. über die Risiken, die diese Technologie für Mensch und Natur mit sich bringt, und weshalb sie in vielen Punkten der Atomkraft sehr ähnlich ist.

3. über Alternativen zur Gentechnik in der Landwirtschaft und die Frage: brauchen wir Gentechnik überhaupt, und wie könnte eine Landwirtschaft der Zukunft aussehen

Und zu diesen drei Punkten, sehr geehrter Vorstand, habe ich drei ganz konkrete Fragen an Sie.

Mein erster Punkt: Der vermeintliche Wunderreis von BAYER, und was er bereits gekostet hat.

In den Jahren 1998 bis 2001 experimentierte BAYER in den USA auf Testfeldern mit einem Gentechnik-Reis. Zur Vermarktung kam es nie. Dennoch aber verunreinigte der Reis ganze 30 Prozent des Anbaus in den USA. Im Jahr 2006 tauchte er plötzlich in 24 Ländern der Erde auf und sogar bis heute, 2011, wird das BAYER-Konstrukt immer wieder in Reis-Lieferungen gefunden, erst kürzlich in Polen. Der Reis ist also völlig außer Kontrolle geraten und die BAYER-Führung muss heute zugeben, dass sie keine Macht darüber hat, wo ihre einmal produzierten Konstrukte später einmal landen. Gentechnik ist nicht rückholbar!

Nach den ersten Entdeckungen im Jahr 2006 sperrte Europa sofort die Grenzen für Reisimporte aus den USA - um die Bevölkerung zu schützen. Der Handel mit den USA kam zum völligen Stillstand. Die Reisbauern aus den USA, die mit Gentechnik nichts am Hut hatten, verloren ihr Einkommen. Die Lebensgrundlage von Bauern war auf einmal bedroht, weil BAYER die Kontrolle über seinen Gentechnik-Reis verloren hatte.

Schätzungen zufolge verursachte dieser Vorfall einen Gesamtschaden von bis zu 1,3 Milliarden US-Dollar.

Darauffin zogen viele US-Bauern gegen BAYER vor Gericht. Seit meinem letzten Besuch vor zwei Jahren hier auf der Versammlung sind inzwischen die ersten Urteile gefallen. BAYER hat die Prozesse bislang ALLE verloren, und seither hageln fast monatlich Schadenersatzzahlungen auf BAYER ein.

Im Dezember 2009 musste BAYER an einen Bauern 2 Mio. US-Dollar zahlen, im Februar 2010 an einen weiteren 1,5 Mio. US-Dollar, im Juli 1 Mio. US-Dollar. Dann 48 Mio., und das letzte Urteil im März 2011 schlug mit 137 Mio. US-Dollar Scha-

denersatzzahlungen in der Bilanz von BAYER zu Buche.

Und sehr geehrte Aktionäre, das war erst der Anfang. Noch knapp 6.000 weitere Kläger warten auf Schadenersatzzahlungen von BAYER. Momentan sieht es nicht danach aus, als würde die BAYER AG auch nur ein einziges Verfahren gewinnen.

Und eine Versicherung hat BAYER für solche Vorfälle nicht, denn es gibt weltweit kein einziges Versicherungsunternehmen, welches Gentechnik-Anwender versichern würde. Und warum? Weil das Risiko unkalkulierbar ist!

Und nun meine Frage an den Vorstand: Die BAYER AG ist eindeutig schuld an der Verunreinigung der weltweiten Reis-Lieferungen mit Gentechnik und war in der Vergangenheit offensichtlich nicht in der Lage, das zu verhindern. Welche Pläne

„Auch die Gentechnik läuft bereits völlig aus dem Ruder. Verglichen mit der Atomkraft tut sie das allerdings unentdeckt von der Öffentlichkeit“

haben Sie, damit die Gentechnik-Konstrukte, an denen Sie derzeit basteln, nicht wieder außer Kontrolle geraten und erneut ein enormer Schaden entsteht?

Nun zu meinem zweiten Punkt: die Risiken von Gentechnik-Pflanzen für Mensch und Umwelt und die Ähnlichkeit dieser Technologie mit der Atomkraft.

Die Gentechnik hat in vielerlei Hinsicht Gemeinsamkeiten mit der Atomkraft. Die größte Gemeinsamkeit ist wohl, dass beide nicht wirklich kontrollierbar sind und dass - wenn etwas schief geht - die Auswirkungen katastrophal und unumkehrbar sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie erinnern an die Katastrophe von Tschernobyl vor genau 25 Jahren. Noch heute kommen missgebildete Babys zur Welt. Und natürlich Fukushima in Japan. Die Kraftwerksbetreiber von TEP-CO mögen ihr Bestes versuchen, um die Katastrophe zumindest einzudämmen, doch in Wirklichkeit sind sie völlig hilflos. Die Situation ist inzwischen völlig außer Kontrolle geraten.

Trotzdem gibt es Menschen, die behaupten, die Atomkraft sei kontrollierbar, und genauso gibt es Menschen, die behaupten, die Gentechnik sei kontrollierbar. Doch die Realität sieht anders aus. Auch die Gentechnik läuft bereits völlig aus

dem Ruder. Verglichen mit der Atomkraft tut sie das allerdings unentdeckt von der Öffentlichkeit.

Wussten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass sich in den USA, in jenem Land mit den weltweit größten Anbauflächen von Gentechnik-Pflanzen, bereits sogenannte Super-Unkräuter ausbreiten? Das sind Unkräuter, die die Resistenz gegen Unkrautgifte von den gentechnisch veränderten Pflanzen übernommen haben. Das bedeutet, sie sind mit herkömmlichen Spritzmitteln nicht mehr zu bekämpfen. Die Folge ist ein steigender Einsatz von immer anderen und aggressiveren Unkrautvernichtern. Der Anbau von Gentechnik führt also dazu, dass inzwischen mehr und nicht weniger Spritzmittel zum Einsatz kommen. Alles chemische Stoffe, die in unserem Grundwasser und in unserer Nahrungsmittelkette landen.

Na dann, Mahlzeit!

Und wissen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, weshalb BAYER seinen Gentechnik-Reis in Brasilien niemals vermarkten konnte? Weil die Bauern sich vor genau dieser Entwicklung, wie sie in den USA stattfindet, schützen wollen.

Und wussten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass in Deutschland bereits fast fünf Prozent des Saatgutes Spuren von Verunreinigungen aufweist? Keiner weiß, wo es herkommt, keiner weiß, wie das geschehen konnte.

Ich kann Ihnen sagen, wie es dazu kommen konnte, es ist nämlich ganz einfach: Menschen - machen - Fehler! Das ist normal und nichts Schlimmes. Wenn aber Menschen mit Risikotechnologien wie der Gentechnik oder der Atomkraft hantieren, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich ein kleiner Fehler in eine Katastrophe verwandelt.

Und wussten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass es kaum unabhängige Studien über die gesundheitlichen Auswirkungen der Gentechnik auf den Menschen gibt? Der Grund ist, dass Biotechnologie-Unternehmen wie die BAYER AG sich über Patentrechte absichern lassen, dass kein unabhängiger Wissenschaftler die Mög-



**Mehr als
80.000
Zugriffe
wöchentlich.**

www.CBGnetwork.org



lichkeit hat, die Sicherheit von Gentech-Pflanzen zu überprüfen. Fast alles, was wir heute über die Risiken der Gentechnik wissen, wissen wir von jenen Unternehmen, die selbst ein finanzielles Interesse an ihrer Vermarktung haben. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist, als würden Sie sich selbst die TÜV-Plakette für ihr Auto ausstellen.

Und darum frage ich Sie, sehr geehrter Vorstand, wann ist es endlich so weit, dass sie ihre Konstrukte für unabhängige Studien freigeben? Wovor fürchten sie sich denn? Was wissen Sie, was die Öffentlichkeit nicht erfahren soll?

Und nun zu meinem dritten und letzten Punkt, der Frage: „Brauchen wir die Gentechnik überhaupt, und wie kann eine Landwirtschaft der Zukunft aussehen?“

Gentechnik-Befürworter sagen gerne, wir bräuchten die Gentechnik, weil sie durch höhere Erträge den weltweiten Hunger bekämpfen könne. Sehr geehrte Damen und Herren: das ist ein Märchen!

In den USA hat die normale Landwirtschaft in den letzten 13 Jahren eine jährliche Ertragssteigerung von einem Prozent erzielen können. Die Gentechnik hingegen konnte das bei weitem nicht und hat teilweise sogar Ertragsverluste verursacht. Bislang gibt es weltweit keine einzige

Gentechnik-Pflanze, die einen höheren Ertrag bringen würde.

Hinzu kommt, dass die Gentechnik vor allem in industrialisierten Ländern mit großen Monokulturen eingesetzt wird. Die meisten Hunger leidenden Menschen aber leben in unterentwickelten Ländern mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft. Das heißt, es gibt dort hauptsächlich Kleinbauern. Denen würde die Gentechnik

„Das Argument mit dem Hunger wird nur vorgeschoben, um weltweit die Gentechnik durchzusetzen und daraus Kapital zu schlagen“

überhaupt nicht helfen. Was sie brauchen, ist vor allem politische und soziale Stabilität, Zugang zu Bildung und Zugang zu Märkten.

Außerdem werden weltweit 80 Prozent der gentechnisch veränderten Pflanzen für Futtermittel für Tiere angebaut. Gentechnik wird angebaut, um die Fleischproduktion billig zu halten.

Es ist naiv zu glauben, dass die Fleischproduktion der reichen Länder auch nur einem einzigen Hunger leidenden Kind in Afrika oder sonst wo zugute kommt.

Wenn man sich also auch nur ein bisschen mit der globalen Landwirtschaft

auskennt, erkennt man sofort, wie schrecklich zynisch das Argument von der Gentechnik als Heilsbringer für die Armen ist. Sehr geehrte Damen und Herren, ich sage es ganz konkret: Das Argument mit dem Hunger wird nur vorgeschoben, um weltweit die Gentechnik durchzusetzen und daraus Kapital zu schlagen.

Man könnte sich auch anders entscheiden. Man könnte sich für eine Landwirtschaft entscheiden, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Man könnte sich für eine Landwirtschaft entscheiden, die den Benachteiligten dieser Welt eine wirkliche Chance gibt und den Hunger endgültig beendet. Man könnte...

Doch, sehr geehrte Damen und Herren, der verantwortliche Vorstand der BAYER AG hat sich anders entschieden. Diese Herren hier oben auf dem Podest haben sich dazu entschieden, der Welt ihre gentechnisch veränderten Konstrukte aufzudrücken, ohne Rücksicht auf Verluste.

Und das, obwohl weltweit die Mehrheit der Menschen deutlich „Nein zu Gentechnik!“ sagt.

Und daher ist meine letzte Frage an den Vorstand.

Sehr geehrter Vorstand, welcher Teil von „Nein zur Gentechnik!“ ist denn eigentlich so schwer zu verstehen?

Sonderheft



raum&zeit thema: Energetisches Heilen

Seit dem 27.4.2011
am Kiosk!

Die Energie unserer Gedanken kann gesund machen. Dieses Wissen war fester Bestandteil traditioneller Heillehren wie des Ayurveda, der Traditionellen Chinesischen Medizin oder des Schamanismus. Auf der Suche nach der verlorenen Ganzheitlichkeit werden in unserer Zeit diese kraftvollen alten Heilsysteme wieder entdeckt.

Gleichzeitig stellen neue Methoden diese zeitlosen Weisheiten in den Zusammenhang mit neuen Erkenntnissen der Quantenphysik und tragen sie mit neuen Ideen und in moderner Sprache an uns heran. Energiemedizinische Geräte sind mittlerweile in der Lage, die Lebenswirklichkeit eines Menschen anhand einer riesigen Summe von Informationen zu erfassen und harmonisierend auf sein Energiesystem zu wirken. Das neue Sonderheft „Energetisches Heilen“ aus der raum&zeit-thema-Reihe gibt einen klaren Überblick über dieses unschätzbare Heilwissen, das uns heute zur Verfügung steht.

Themen: Schamanismus, Traditionelle Chinesische Medizin, Ayurveda, Tibetische Medizin, Hawaii-Medizin, Bruce Lipton, Joe Dispenza, Energy Medicine mit Geräten: (Vorgestellte Geräte: Oberon, Quantec, Amsat, Itronic, Prognos, Magnetfeldtherapie, Time Waver, Mikrostromtherapie), Geistiges Heilen, Matrix-Quanten-Heilung, Fernheilung, Hellsehen

raum&zeit thema ist ein Sonderheft mit wechselnden Schwerpunktthemen der Zeitschrift raum&zeit.

Preis am Kiosk: 8,80 €, 16,80 CHF, Österreich 10,- €, Italien 10,70 €, Frankreich 10,90 €, raum&zeit Abonnenten: 8,- €, (Inland portofrei, Ausland zzgl. Versandkosten), Nichtabonnenten: 8,80 € (zzgl. Versandkosten) bei Bestellung im Verlag.

(Vor-)Bestellung im Verlag: ehlers verlag gmbh, Geltinger Str. 14 e, 82515 Wolfratshausen, Tel.: 08171/4184 60, Fax: - 4184 66, vertrieb@ehlersverlag.de.

Besuchen Sie uns im Internet: www.raum-und-zeit.com

Wenn Sie den Ausstieg antreiben wollen, dann bestellen Sie ein Probeexemplar des aktuellen ROBIN WOOD Magazins!

Die Energiewende wird schneller, besser und günstiger, wenn wir der Politik und den Konzernen auf die Finger schauen und mitbestimmen!

Name: _____
Straße: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____

Ich will mitbestimmen!

Ich will ROBIN WOOD unterstützen, damit die Energiewende nicht dem Energie-Kartell sondern dem Markt und seiner Bevölkerung zufließt.

- Ich möchte das aktuelle Probeexemplar des Magazins kostenlos als Probebestellung bestellen.
- Ich möchte das Magazin bestellen.
- Ich möchte das Magazin verschenken.
- Ich möchte regelmäßig spenden.

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Postfach 10 21 22
28021 Bremen

Datum, Unterschrift

www.robinwood.de

Die Rede des CBGlers Axel Köhler-Schnura

„Das ist nicht anders als unanständig zu bezeichnen“



Axel Köhler-Schnura bei seiner BAYER-Bilanz

CBG-Vorständler Axel Köhler-Schnura nahm in seiner Rede eine Generalabrechnung des letzten BAYER-Geschäftsjahrs vor. Von unanständig hohen Gewinnen und unanständig geringen Steuerzahlungen über Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung bis hin zu Sicherheitsrisiken, die Kernkraftwerken kaum nachstehen wie die Gen- und Nanotechnik, reichte seine Schreckensbilanz profit-orientierter Geschäftspolitik.

Meine Damen und Herren, guten Tag, mein Name ist Axel Köhler-Schnura. Ich bin ehrenamtlich im Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Auch bin ich Gründungsmitglied des

DACHVERBANDES DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE. Ich spreche für eigene und ca. 40.000 von uns vertretene Aktien. Wie diejenigen AktionärInnen unter Ihnen

wissen, die schon länger an diesen HVs teilnehmen, stehe ich nun seit fast 30 Jahren als Kritischer Aktionär hier an diesem Mikrofon und thematisiere die politischen, sozialen, ökologischen und ande-

Foto: Anabel Schmura
Nicht mehr der Frischeste: BAYER-Chef Marijn Dekkers

ren Kehrseiten der BAYER-Geschäftstätigkeit. Sicher nicht zur Erbauung der GroßaktionärInnen und der Verantwortlichen im Konzern, die all das lieber unerwähnt lassen wollen.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass der neue Vorstandsvorsitzende, Herr Dekkers, heute Vormittag versucht hat, die von uns gestellten kritischen Gegenanträge abzuqualifizieren. Was mich jedoch wundert, das ist, dass er für seine Stellungnahme noch nicht einmal eigene Worte gefunden hat, sondern Buchstabe für Buchstabe die gleichen polemischen Leerformeln seiner Vorgänger in den letzten zehn Jahren benutzt hat. Damit ist Ihr Versuch, Herr Dekkers, die faktengestützten Gegenanträge zu entkräften, kläglich gescheitert.

Meine Damen und Herren,

Sie werden auch heute wieder aufgrund der zahlreichen Redebeiträge hier sehen, dass die von Kritischen AktionärInnen und auch von mir gestellten Gegenanträge sehr wohl begründet sind und Gewicht haben.

Meine Damen und Herren,

im vergangenen Jahr habe ich von dieser Stelle aus gewarnt, dass Herr Dekkers „den Umbau des BAYER-Konzerns hin zu einer der großen internationalen Profit-Maschinen noch brachialer vorantreiben wird, als das bis dahin bereits der Fall ist“. Und heute, ein Jahr danach, sehen wir, wie richtig diese Warnung war. Bereits unmittelbar nach der Amtsübernahme als Vorstandsvorsitzender hat Herr Dekkers den sozialen Kahlschlag eingeleitet: 4.500 Arbeitsplätze sollen an den alten BAYER-Standorten vernichtet werden. Zugleich fährt der Konzern in geradezu asozialer Weise seine Steuer-Verpflichtungen

gegenüber der Gesellschaft - bei steigenden Gewinnen wohlgermerkt - auf ein kaum noch erwähnenswertes Minimum herunter.

111.000. Beschäftigte hat BAYER zur Zeit. Vor 20 Jahren waren es mit 171.000. noch fast 60 Prozent mehr. Und nun soll die Beschäftigtenzahl nochmals um vier Prozent sinken. Selbst sicherheitsrelevante Bereiche werden von den ständigen Stellenstreichungen nicht ausgespart. Und in den USA und anderswo werden bevorzugt Fabriken mit organisierter Arbeiterschaft

„Bereits unmittelbar nach der Amtsübernahme als Vorstandsvorsitzender hat Herr Dekkers den sozialen Kahlschlag eingeleitet“

geschlossen. Lag zugleich der Umsatz 1990 bei 21 Milliarden Euro, so hat er sich bis heute um fast 70 Prozent auf 35 Milliarden Euro gesteigert. Das alles geht auf die Knochen der Beschäftigten.

Herr Dekkers, wie sieht es mit der Arbeitsverdichtung aus? Bitte erzählen Sie uns etwas zu den Überstunden! Und zur „Arbeitsproduktivität“. Wie entwickelt sich diese pro Beschäftigtem und pro Arbeitsstunde etwa im Zehnjahresvergleich? Im Geschäftsbericht verkündet BAYER für das aktuelle Jahr einen Gewinn von sage und schreibe 20,2 Prozent des Umsatzes. Entsprechend der auf 7,5 Milliarden Euro gestiegenen Gewinne sollen den AktionärInnen heute 1,2 Milliarden. Euro ausgeschüttet werden. Dazu muss man wissen: Die AktionärInnen halten zusammen ein Kapital von 2,1 Milliarden. Euro. Damit beträgt die Ausschüttung 57 Prozent. Das

ist nicht anders als unanständig zu bezeichnen.

Insbesondere, wenn zugleich die von BAYER gezahlten Steuern auf ein lächerliches Minimum sinken: Lagen die Ertragssteuern und damit der Beitrag zum Gemeinwohl zwischen 1997 und 2000 noch bei umgerechnet rund einer Milliarde Euro jährlich, so fielen sie 2009 auf 511 Millionen Euro und wurden nun weiter auf 411 Millionen Euro reduziert. Das ist gerade einmal ein Drittel der Dividenden-Summe! Der Konzern entzieht sich derart gezielt seiner Verantwortung für die Allgemeinheit. Zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, die über steigende Steuern und Abgaben die Zeche zahlen muss. Steuern von 411 Mio. Euro decken – das wird auf den ersten Blick deutlich - noch nicht einmal die durch den Konzern hervorgerufenen gesellschaftlichen Kosten der Infrastruktur, Verwaltung, Kontrolle etc..

Nun sagten Sie, Herr Dekkers, heute Morgen in Ihrer Stellungnahme zu unseren Gegenanträgen: Steuern würden nicht von Ihnen, sondern vom Gesetzgeber beschlossen.

Herr Dekkers, das ist lächerlich! - Und ich sage Ihnen auch, wieso: Wir alle hier im Saal erinnern uns noch allzu gut daran, wie vor einigen Jahren bekannt wurde, dass der BAYER-Finanzexperte Heribert Zitzelberger im Bundesfinanzministerium die Steuergesetze geschrieben hat, die nicht nur BAYER goldene Bilanzen bescherten. Und im Übrigen, Herr Dekkers, ist es doch für jedes Kleinkind inzwischen klar, dass Steuergesetze von den Konzernen gemacht werden und nicht vom „Gesetzgeber“.

Meine Fragen also: Wann beenden Sie diese geradezu asoziale Bereicherung der



AktionärInnen zu Lasten der Allgemeinheit?

Meine Damen und Herren, wir erlebten seit der letzten BAYER-Hauptversammlung neben vielen verheerenden Desastern und schrecklichen Unfällen aller Art zwei Menschheitskatastrophen, die den Planeten in wirklich dramatischer Weise weiter an den Rand des Kollapses getrieben haben: Die Explosion der Deepwater Horizon und die Kernschmelze in Fukushima. Beides geschah in Verantwortung zweier großer Konzerne, alles geschah vor dem Hintergrund von Shareholder Value, Konzernprofiten und Goldenen Bilanzen.

Ich weiß, dass ich hier an einem BAYER-Mikrofon stehe und die genannten Katastrophen von anderen Konzernen zu verantworten sind. Aber was hier angesprochen werden muss, das ist, dass BAYER gleich mehrere durchaus vergleichbare Menschheitskatastrophen „in der Pipeline“ hat - wie es so schön in Konzerndenglisch heißt; und dass, wenn kein Kurwechsel vollzogen wird, es nur eine Frage der Zeit ist, bis sie in gleicher Weise über die Welt hereinbrechen wie Fukushima und Deepwater Horizon. Gemeint sind die Gentechnik und die Nanotechnologie. Und gemeint ist die gleich mehrfache Verantwortung des BAYER-Konzerns für das seit nunmehr fast zwei Jahrzehnte andauernde Bienensterben.

Herr Dekkers, auch zum Bienensterben haben Sie heute Morgen Stellung genommen. Und ich muss sagen, in ausgesprochen verantwortungsloser Weise. Denn

Sie haben die Verantwortung des Konzerns schlichtweg geleugnet.

Ich möchte mit Ihnen, Herr Dekkers, nicht in einen müßigen Wissenschaftsstreit eintreten. Gleichwohl möchte ich die Vereinten Nationen als hoffentlich auch von Ihnen unumstritten anerkannte Autorität zitieren. Die UN nennen drei Gründe für das bedrohliche Bienensterben: Pestizide, Industrialisierung der Landwirtschaft und Parasiten. Und nun kommt es: Auf allen drei Gebieten trägt der Konzern die maßgebliche Verantwortung:

- Als Weltmarktführer übergießt BAYER die Welt seit rund hundert Jahren mit jährlich Millionen und Abermillionen Tonnen von Pestiziden.

- Als führender Agro-Konzern treibt BAYER die Industrialisierung der Landwirtschaft seit der gleichen Zeit in brutalstmöglicher Weise bis in den hintersten Winkel des Planeten voran.

- Und schließlich hat BAYER mit Pestiziden und industrialisierter Landwirtschaft dafür gesorgt, dass die Bienen derart vergiftet und geschwächt sind, dass sie den ökologisch ganz normalen Parasiten nicht mehr standhalten können.

Und so sterben die Bienenvölker von Asien und Afrika bis nach Europa, von Amerika bis nach Australien. Immer rascher, immer umfangreicher. Wobei BAYER sich trotz aller weltweiten und massiven Proteste in beispielloser Unverschämtheit weigert - im Namen der Profite natürlich - die unmittelbar ursächlichen Pestizide wie GAUCHO und PONCHO vom

Markt zu nehmen und seine Agrar-Strategie endlich zu ökologisieren. Sie, Herr Dekkers, haben da heute wieder ein beschämendes Beispiel dafür gegeben.

Meine Damen und Herren, auch wenn die Bienen nur kleine Mitbewohner unseres Planeten sind - ohne sie können wir einpacken. Sie sind nämlich maßgeblich verantwortlich für die Bestäubung der Pflanzenwelt und damit für die weltweite Lebensmittelproduktion. Ohne Bienen keine Lebensmittel - so einfach ist

„Lagen die Ertragssteuern und damit der Beitrag zum Gemeinwohl zwischen 1997 und 2000 noch bei umgerechnet rund einer Milliarde Euro jährlich, so fielen sie 2009 auf 511 Millionen Euro und wurden nun weiter auf 411 Millionen Euro reduziert“

das. Und wenn der kritische Punkt überschritten ist, dann haben wir eine BAYER-verursachte Menschheitskatastrophe!

Deshalb meine Fragen:

Herr Dekkers, wann nehmen Sie die von Ihnen produzierten und vertriebenen Bienengifte vom Markt? Wann ökologisieren Sie ihren agrarwirtschaftlichen Bereich?

Meine Damen und Herren, ich könnte hier noch sehr viel über Ihre Verantwortung als AktionärInnen und verantwortliche ManagerInnen dieses Konzerns für Umweltzerstörung, Ruin menschlicher Gesundheit bis hin zum Tod, Ausbeutung, Krieg usw. sprechen - allein die Regularien dieser Versammlung erlauben es nicht.

Und so komme ich zu meinen bzw. unseren Anträgen. Die folgenden Gegenanträge zu den Anträgen des Vorstands stellen mit mir die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, der DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN und viele AktionärInnen, die mich bzw. uns beauftragt haben.

Zunächst zum Gewinn-Antrag:

Wir beantragen die Kürzung der Dividen-

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



GENOSSENSCHAFTEN Solidarökonomische Betriebe auf der Suche der passenden Rechtsform · Rechtliche Grundlagen: Wege zur Wiedergeburt · Windenergie Nordeifel: Gehe zurück auf Los – Rechtsformenwechsel birgt aufwändige Hürden · Solargenossenschaft Essen: Ohne Netz zum doppelten Boden · Quartiersladen eG, Freiburg: Am Anfang war das Quartier – Von der Selbstversorgungs-Food-Coop zum

genossenschaftlichen Mitgliederladen · Verbrauchergemeinschaft Dresden: Wenn die Haut zu eng wird – Vom Verein zur Genossenschaft · Abspaltung Verein: Rechtliche Exoten **ZENTREN** Hamburg: Rote Flora erklärt sich für unverkäuflich **ZENSUS 2011** Wohngenossenschaften klagen **BETRIEBE** Das Bekleidungsyndikat: Ein Angebot, das man nicht ablehnen kann? **TAGUNG** Bewegungserfolge und Niederlagen: Wer die Welt verändern will, braucht einen langen Atem **SERIE** »Die Kinder des Sysifos« 2. Teil: Glashütte Süsmuth

u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN 2011«

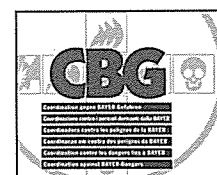
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org



**Mehr als
80.000
Zugriffe
in der
Woche.**

www.CBGnetwork.org

de von 1,50 Euro auf 10 Cent je Aktie. Die frei werdenden Milliarden sollen verwendet werden:

- für Erhalt und Schaffung sicherer Arbeitsplätze und für die Zahlung sozial gerechter Löhne;
- für einen Fonds zum angemessenen Ausgleich von Schäden, die infolge der Geschäftstätigkeit an Mensch und Umwelt eingetreten sind;
- für den umfassenden ökologischen und sozialen Umbau des Konzerns ohne doppelte Standards.
- und schließlich für die Zahlung von Wiedergutmachungen für die Verbrechen von BAYER und des von BAYER mit betriebenen IG FARBEN-Zusammenschlusses an die Opfer bzw. deren Angehörige und Nachkommen.

Es sei wie jedes Jahr angemerkt, dass wir durchaus auch den völligen Verzicht auf jede Dividenden-Ausschüttung im Sinne der erläuterten Sozial-, Menschenrechts- und Ökologie-Leistungen beantragen würden, doch nach der Lage der Gesetze ist das nicht möglich.

Meine Damen und Herren, wir stellen weiterhin die Anträge, den Vorstand nicht zu entlasten und auch dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern. Wir begründen diese Nicht-Entlastungen

damit, dass beide Gremien ihrer Verantwortung im dargelegten Sinne in keiner Weise gerecht wurden und uns zudem hier im Saal in die Irre führen. Ich bedaure es sehr, dass auch die GewerkschaftsvertreterInnen im Aufsichtsrat kein besseres Bild abgeben. Noch nicht einmal hin-

„Aber was hier angesprochen werden muss, das ist, dass BAYER gleich mehrere durchaus vergleichbare Menschheitskatastrophen ‚in der Pipeline‘ hat und dass, wenn kein Kurwechsel vollzogen wird, es nur eine Frage der Zeit ist, bis sie in gleicher Weise über die Welt hereinbrechen wie Fukushima und Deepwater Horizon“

sichtlich des Schutzes und der Sicherung angemessener Arbeitsbedingungen. Und an dieser Stelle noch drei letzte Fragen: Weshalb wird eigentlich die Dokumentation der Abstimmungsergebnisse von HV zu HV immer kürzer? Weshalb werden die Enthaltungen nicht sauber dokumentiert? Weshalb werden auf der Internet-Seite nicht die Abstimmungsergebnisse mindestens für die letzten bei-

den Dekaden mitgeteilt?

Meine Damen und Herren, ich wende mich zuvorderst an die Kleinaktionäre und Kleinaktionärinnen hier im Saal. Wenngleich ich weiß, dass wir immer wieder auch von größeren und sogar veritablen GroßaktionärInnen unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie sich nicht von Geld und Dividende leiten. Sie tragen als AktionärInnen Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen der Tätigkeit dieses Konzerns. Stimmen Sie deshalb bitte mit uns bei ALLEN Anträgen mit NEIN. Stärken Sie so mit ihren Aktien das wichtige Signal für soziale Sicherung, Umweltschutz und Menschenrechte.

Meine Damen und Herren, sollten Sie die HV vorzeitig verlassen, aber dennoch mit uns stimmen wollen, so lassen Sie bitte Ihre Aktien nicht von BAYER unten am Ausgang vertreten, sondern von uns. Lassen Sie sich auch nicht von BAYER-MitarbeiterInnen bedrängen, die Ihnen die Stimmrechte abfordern, wenn Sie den Saal verlassen. Es ist Ihr gutes Recht, uns Ihre Stimmrechte zu übertragen. Sie finden uns hier vorne, von Ihnen aus gesehen links.

Vielen Dank.



ProSolidar

Leben statt Profit



Geld & Verantwortung

Immer mehr Menschen werden sich ihrer Verantwortung beim Umgang mit Geld bewußt. Herkömmliche Finanzanlagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

ProSolidar nimmt die Verantwortung für soziale Sicherheit und Umweltschutz ernst. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

Coupon:

Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname
Name
PLZ
Ort
Straße
Fon
Fax
Alter
E-mail

Bitte zurücksenden an:
ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net

Repression im Dienst von BAYER & Co.

Das Imperium schlägt zurück



Solidaritätsbekundungen für angeklagte österreichische TierrechtlerInnen

Politisches Engagement sieht sich seit einiger Zeit verstärkter Repression ausgesetzt. Besonders für Initiativen, die sich in ihrer Arbeit auf Wirtschaftsunternehmen konzentrieren, steigt der Druck. Das bekommen vor allem TierrechtlerInnen zu spüren, aber unter das Verdikt „Öko-Terrorismus“ können auch Gentechnik-GegnerInnen und andere AktivistInnen fallen. In den USA weckt das aufgeheizte Klima schon Erinnerungen an das antikommunistische McCarthy-Regime.

Von Jan Pehrke

Von der Demonstrationsfreiheit hat der britische Oberste Gerichtshof nur eine sehr begrenzte Vorstellung. Im Fall „BAYER CROPS SCIENCE LIMITED vs. STOP HUNTINGDON CRUELTY (SHAC)“ untersagte er

der Tierrechtsinitiative 2008 auf der Grundlage eines Gesetzes zum Schutz vor Belästigungen, künftig in der Nähe der Konzern-Niederlassungen in Cambridge, Great Chishill und anderswo zu demon-

strieren. Ein umfangreiches Kartenwerk im Anhang des Urteils gibt dabei exakt Auskunft über den Verlauf der Bannmeilen und weist den AktivistInnen, die gegen den Pharma-Riesen wegen seiner Ge-

schäftsbeziehungen zum Tierversuchsmulti HUNTINGDON LIFE SCIENCE Kampagnen durchführen, stattdessen „designated protest areas“ (DPAs) in den hintersten Winkeln zu. Noch dazu dürfen diese nie mehr als 20 SHAClerInnen gleichzeitig betreten und das auch nicht mehr als zwei Stunden lang. Leise müssen sie ebenfalls sein: Das Mitführen von Instrumenten verboten die JuristInnen. Alles andere würde den Tatbestand der Belästigung erfüllen.

Hohe Haftstrafen

Ähnlich hatte bereits 2004 ein RichterInnen-Spruch BAYER-Gelände zur No-Go-Area erklärt und verbrieft Grundrechte auf diese Weise zur Farce werden lassen. Aber das alles ist gar nichts im Vergleich zu anderen Prozess-Ausgängen. Im Januar 2010 verurteilte ein Gericht sieben SHAC-Mitglieder zu Haftstrafen bis zu elf Jahren und zehn Monate früher mussten fünf SHAC-Angehörige für 15 Monate bis sechs Jahre ins Gefängnis. Der Winchester Crown Court hielt sie für schuldig, Angestellte von HUNTINGDON-Geschäftspartnern per Flugblatt der Päderastie bezichtigt, ihnen mit angeblich HIV-verseuchten Tampons Angst eingejagt und ihre Häuser, Autos und nähere Umgebung mit Bezeichnungen wie „Welpen-Killer“, „Mörder“ und „Abschaum“ besprüht zu haben.

Vielleicht mag einem diese Kampagne geschmacklos, überzogen oder unpassend vorkommen, aber doch wohl kaum als „gleichbedeutend mit Einschüchterung, Gewalt und Terror“, als die sie das Gericht brandmarkte. Die Justiz musste sich noch nicht einmal die Mühe machen, den Angeklagten die Delikte direkt zuzuordnen. Sie erkannte auf organisierte Kriminalität und brachte eine „Verschwörung zur Erpressung“ und eine „Verschwörung zum Eingriff in ein bestehendes Vertragsverhältnis zum Schaden von Tierversuchsunternehmen“ zur Anklage.

Bei solchen zum Teil passgenau für SHAC und andere Tierrechtsorganisationen entworfenen Straftatbeständen war es zum vernichtenden Urteil dann nur noch ein kleiner Schritt. Sie hatten 2005 Eingang in den „Serious Organized Crime and Police Act“ (SOCPA) gefunden. Die Abschnitte 145 bis 149 widmen sich exquisit dem Treiben von SHAC & Co. und stellen den „Eingriff in ein bestehendes Vertragsverhältnis“ ebenso unter Strafe wie die Einschüchterung von Beschäftigten.

Aber auch sonst ist der SOCPA nicht ohne. Er erleichtert Verhaftungen, schränkt das



Diese Aktion kostete 600 Euro Strafe

Demonstrationsrecht ein und weitet den Schutz von BAYER & Co. vor Belästigungen erheblich aus. Dabei gelang der Labour-Regierung sogar das Kunststück, ein ursprünglich zur Ahndung von Stalking geschaffenes Paragraphen-Werk gegen politische AktivistInnen zu wenden, wenn auch nur unter erheblicher Kraftanstrengung. Da es nicht einmal die engagiertesten TierrechtlerInnen schaffen, den Konzernen permanent nachzustellen, können sie das nun bereits an einem Tag erledigen. Die findigen PolitikerInnen griffen zur paradoxen Konstruktion des Instant-Stalkings, um die Möglichkeit zu schaffen, auch gegen einmalige Aktionen vorzugehen. Und die Justiz machte von dieser Handreichung schon ausgiebig Gebrauch. Das Gesetz „wurde von der Polizei und den Gerichten benutzt, um fast alle Formen von Protest zu kriminalisieren“, bilanzierte der Journalist George Monbiot im *Guardian*.

In den USA gab es ähnliche Entwicklungen. 1992 verabschiedete der Kongress den „Animal Enterprise Protection Act“. Zehn Jahre später verschärfte er das Gesetz und 2006 mutierte es auf Initiative des republikanischen Senators James Inhofe schließlich zum „Animal Enterprise Terrorism Act“ - natürlich nicht ohne nochmalige „Nachbesserungen“. In den Genuss dieser zusätzlichen Repressionen kamen die sieben TierrechtlerInnen noch nicht, die im Frühjahr 2006 im US-amerikanischen Trenton vor Gericht standen, aber es reichte auch so schon zu drastischen Strafen. Der Richter verurteilte sechs der sieben AktivistInnen, die seither unter dem Namen „SHAC 7“ bekannt sind, zu bis zu sechs Jahren Haft und

einer Entschädigungszahlung von einer Million Dollar. Zur Last legte er ihnen eine Web-Kampagne, welche die Adressen von TierversuchswissenschaftlerInnen und anderen veröffentlichte und toner-fressende schwarze Faxte versendete. Mit dem Nachweis einer individuellen „Tatbeteiligung“ hielt der Jurist sich nicht lange auf. Er verwies auf das „Wir“ in diversen postings und sah eine Verschwörung am Werk bzw. sogar zwei: eine zur Verletzung des „Animal Enterprise Protection Acts“ und eine zur Belästigung mittels moderner Kommunikationsmittel. Bei den Ermittlungen gegen TierschützerInnen gaben sich die staatlichen Stellen ebenfalls wenig zimperlich. Sie infiltrieren die Szene mit V-Leuten und schreckten nicht einmal vor dem Einsatz von Agents Provocateurs zurück.

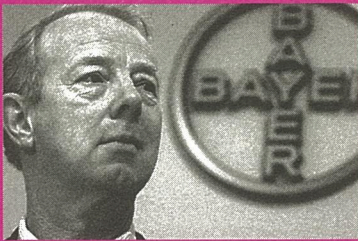
Verdeckte ErmittlerInnen trugen auch in Österreich das belastende Material gegen den VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN (VGT) zusammen, das den Telefonabhör-Aktionen und Observationen der „Sonderkommission Pelztier“ entging. 10.000 Ordnerseiten füllt es mittlerweile und befeuert einen Prozess gegen dreizehn TierrechtlerInnen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 278a. Allerdings mangelt es trotz des beeindruckenden



Mehr als 80.000 Zugriffe wöchentlich.

www.CBGnetwork.org

O-Ton BAYER



„Die so genannte COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und ihr nahestehende Personen haben zahlreiche Behauptungen aufgestellt. Es handelt sich um die altbekannten Vorwürfe. Wir haben sie mehrfach besprochen und zurückgewiesen.“

BAYER-Chef Marijn Dekkers zu den auf der Konzern-Hauptsammlung vom 29.4.2011 eingereichten Gegenanträgen.

Promis gegen Profit



„Mich berührt das Schicksal dieser Menschen sehr, nicht nur deshalb, weil sie mit ihren Behinderungen leben müssen. Aus meiner Sicht wird nicht angemessen mit den betroffenen Menschen umgegangen, weil sie keine Möglichkeit haben, Einsicht in für die Aufklärung eventuell relevante Unterlagen zu erhalten. Die Rechtslage ist mir bekannt, ebenso kenne ich Ihre bisherigen Ausführungen in der Sache, wonach ein kausaler Zusammenhang zwischen der Verwendung von DUOGYNON und den aufgetretenen Behinderungen nicht hergestellt werden könne. Gleichwohl bin ich der Ansicht, dass es gute Gründe gibt, die Haltung Ihres Unternehmens in dieser Sache zu überdenken.“

Hubert Hüppe (CDU), der Behinderten-Bbeauftragte der Bundesregierung in einem Brief an die BAYER AG.

Hubert Hüppe (CDU), der Behinderten-Bbeauftragte der Bundesregierung in einem Brief an die BAYER AG.

den Akten-Bestandes noch an schlagkräftigen Beweisen. Das Gericht tat sich sichtlich schwer damit, den Angeklagten Buttersäure-Attentate auf Kleidergeschäfte, das Ansägen eines Hochsitzes und die Beschädigung von Autos nachzuweisen. So musste es am 2. Mai 2011 alle Angeklagten freisprechen, allerdings kündigte die Staatsanwaltschaft an, in Berufung gehen zu wollen.

Die SOKO Pelztier versuchte auch, dem VGT die Finanzierung zu erschweren. So setzten sich die BeamtInnen mit dem Finanzministerium zusammen, um eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit in die Wege zu leiten. Die Steuerfahndung durchsuchte anschließend die Geschäftsräume, prüfte die Unterlagen und ordnete die Streichung der Gemeinnützigkeit an. Der Verein verfolge politische Ziele, die „ein nicht unbeachtlicher Teil der Bevölkerung“ nicht teile und die deshalb auch nicht dem Allgemeinwohl dienen, lautete die Begründung. Aber der Coup gelang nicht; das zuständige Finanzamt bestätigte den bisherigen Status des VGT.

Unter dem zunehmenden Druck leiden jedoch nicht nur TierrechtlerInnen. So definiert der Paragraph 278a des österreichischen Strafgesetzbuchs „kriminelle Organisation“ in einer Weise, die es erlaubt, fast alle politische Initiativen unter Generalverdacht zu stellen. „Eine auf längere Zeit angelegte unternehmensähnliche Verbindung“ mit „einer größeren Anzahl von Personen“, die „erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft anstrebt“, ist nämlich beinahe jede politisch arbeitende Gruppe. Und deshalb auch entsprechend gefährdet - nicht nur in Österreich. Martin Balluch, einer der angeklagten AktivistInnen vom VGT, hat sich in seinem Buch „Widerstand in der Demokratie“ umfassend mit dem neuen Repressionsregime beschäftigt und schreibt: „Die Entwicklung, dass Organisationsdelikte und die erweiterte Gefahrenforschung gegen NGO-Arbeit und völlig legalen und demokratiepolitisch unbedenklichen politischen Aktivismus eingesetzt werden, ist mittlerweile global zu bemerken“.

Globaler „Öko-Terror“

In Neuseeland betrachteten die Behörden die Friedensbewegung und eine Initiative für die Rechte der UreinwohnerInnen als kriminelle Vereinigungen und starteten das ganze Programm mit Lauschangriffen, Hausdurchsuchungen und Untersuchungshaft. Allerdings wollte es der General-

Anti-BAYER-Plakat von SHAC

staatsanwalt später nicht weiterführen und klagte die Beschuldigten schließlich nicht mehr wegen eines gemeinschaftlich begangenen Verbrechens an. Genau das aber hat die sächsische Staatsanwaltschaft mit 17 AntifaschistInnen vor. „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ legt sie ihnen wegen vermeintlicher Angriffe auf Neonazis zur Last und durchkämmte zur Beweissicherung in einer Großraffia 20 Wohnungen. Für bundesdeutsche Gentechnik-GegnerInnen brechen gleichfalls härtere Zeiten an. So verbüßte Jörg Bergstedt gerade ein sechsmonatige Haftstrafe, weil er an einer Feldbefreiungsaktion teilgenommen hatte, während GREENPEACE-Mitglieder für die Besetzung eines Genkartoffel-Lagers Geldstrafen von bis zu 600 Euro aufgebremmt bekamen. Auch ATTAC erhielt schon Besuch von der Polizei. Das Delikt: das globalisierungskritische Netzwerk hatte ein Gutachten über die Milliarden-Verluste des Kreditinstitutes BAYERN

LB ins Netz gestellt. Und Verfahren gegen linke BuchhändlerInnen wegen des Vertriebs angeblich inkriminierenden Schriftguts häufen sich ebenfalls.


In den USA rollte 2004 die „Operation Backfire“ an, die neben TierrechtlerInnen auch Mitglieder der EARTH LIBERATION FRONT (ELF) auf die Fahndungsliste setzte. „Help find four Eco-Terrorists“ forderte das FBI die Bevölkerung auf seiner Internet-Seite in einer „Top Story“ auf, die Osama Bin Laden, der damals noch lebende, ins Kleingedruckte verbannte. Aber wenn eine Gruppe daherkommt und die Einrichtung eines Ski-Gebiets im netten Vail mit Sabotage-Aktionen verhindern will, wie es die Staatsanwaltschaft dem Quartett vorwirft, können die Prioritäten offenbar schon einmal durcheinander geraten. Auch den Anschlag auf ein botanisches Versuchslabor der Washingtoner Universität werteten die Gerichte als „domestic terrorism“ - und handelten entsprechend: Für die den Angeklagten zur Last gelegten Delikte verhängten sie Strafen von bis zu neun Jahren. Einer der ELF-AktivistInnen erlebte die Urteilsverkündung nicht mehr: Bill Rodgers hatte sich schon einen Monat nach seiner Inhaftierung in seiner Gefängniszelle das Leben genommen.




Aber nach „Terrorismus minus islamistisch“ suchte das FBI auch anderswo. Es observierte die TierschützerInnen von PETA, den sich für Bürgerrechte engagierenden „Thomas Merton Center“, GREENPEACE und selbst eine katholische Friedensgruppe. Einige republikanische Politiker wollten für diesen erweiterten Terrorismus-Begriff sogar eine gesetzliche Grundlage schaffen. Der Kongress lehnte den von George Nethercutt eingebrachten „Agro-Terrorism Prevention Act“ jedoch ebenso ab wie der Senat den Antrag von Orrin G. Hatch auf Einführung einer „Öko-Terrorismus“-Datenbank.

In England fand der Stalker-Paragraph „Protection from Harassment“ unter anderem Anwendung bei der Verfolgung von Protesten gegen eine Raketenabwehr-Station des US-Militärs und gegen einen Stromkonzern. Auch das Versenden zweier E-Mails an eine Pharma-Firma mit dem Appell, auf Tierversuche zu verzichten, sahen die StaatsanwältInnen als Belästigung an. Schon der Kommentar auf einer *Indymedia*-Seite zu den Urteilen im SHAC-Prozess, der dazu aufforderte, dem Richter seine Meinung zu sagen, reichte für eine Verhaftung nach dem „Serious Organized Crime and Police Act“. Und an BAYER war es, all die unterschied-

REWARD

DANIEL ANDREAS SAN DIEGO
a.k.a. Andreas San Diego



DESCRIPTION

Sex: Male	Height: 6'0"	Weight: 160 pounds
Race: White	Hair: Brown	Eyes: Brown
DOB: 02/09/1978	Scar and Mark: Tattoos on chest, abdomen, and back	Misc: Follows strict vegan diet
Complexion: White/Olive		

DETAILS

Daniel Andreas San Diego is wanted for his alleged involvement in the bombings of two corporate offices in California. On August 28, 2003, the Citrus Corporation, located in Emeryville, was bombed twice. Then on September 26, 2003, the Shalaker Corporation, located in Pleasanton, was bombed once. A federal arrest warrant was issued in the Northern District of California on October 5, 2003, charging San Diego with maliciously damaging and destroying, and attempting to damage and destroy, by means of explosives, buildings and other property.

THE FBI IS OFFERING A REWARD OF \$50,000 FOR INFORMATION LEADING DIRECTLY TO THE ARREST OF DANIEL ANDREAS SAN DIEGO.

SHOULD BE CONSIDERED ARMED AND DANGEROUS

FBI-Steckbrief für einen „Öko-Terroristen“

lichen Gruppen in einem einzigen Rechtsstreit auf der Anklagebank zu versammeln. In dem 2004 geführten Gerichtsverfahren nach dem notorischen Belästigungsparagraphen fanden sich dort neben SHAC-AktivistInnen auch Angehörige der Initiativen STOP BAYER'S GM-CROPS, LEEDS EARTH FIRST und BAYER HAZARD wieder. Gegen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte der

Die Revolution ist großartig. Abseits ist Quark



Am Kiosk. Im Abo.

Junge Welt

www.jungewelt.de

Die Tageszeitung
Arbeitskampf
Gewerkschaften
Politik
Umwelt
Kultur
Sport
Wirtschaft
Gesundheit
Recht
Sonstige

Probeabo

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos.
Das Testabo endet automatisch.

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Frau Herr

Name (BG)

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum Unterschrift

Die Belieferung soll ab Montag, den beginnen.

Coupon einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44
www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php • Abotelefon: 0 30/53 63 55-50

CBG bei der Arbeit



Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat wegen der anhaltenden Weigerung der Universität Köln, eine Einsichtnahme in den Kooperationsvertrag mit der BAYER HEALTHCARE AG zu gewähren, Klage beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht. Die Kölner Universität und der Leverkusener Multi hatten sich zuvor über das Votum des NRW-Landesbeauftragten für Datenschutz hinweggesetzt, der einen Auskunftsanspruch feststellte, und auf einer Geheimhaltung beharrt. „Eine aus Steuergeldern finanzierte Einrichtung muss der öffentlichen Kontrolle unterliegen – zumal in einem so sensiblen Bereich wie der Pharma-Forschung. Eine solche Kontrolle ist nur mit Kenntnis der Vertragsbedingungen möglich. Wir müssen verhindern, dass die universitäre Forschung vollkommen den wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne untergeordnet wird“, so begründete die CBG diesen Schritt. Wie sehr die Konzerne die Universitäten mittlerweile in Beschlag nehmen, zeigte unlängst der Fall des Berliner „Institutes für Finanzmathematik“. Die Humboldt-Universität und die Technische Universität als Träger sicherten dem Sponsoren DEUTSCHE BANK gegen die Zahlung von drei Millionen Euro jährlich zu, den Lehrplan mitzubestimmen, selber PrüferInnen zu entsenden und ein Veto gegen die Veröffentlichung unliebsamer Forschungsergebnisse einlegen zu können. Nachdem diese Details für Aufruhr in den Medien sorgten, plädierte sogar der „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“, dem BAYER angehört, für Glasnost. „Eine Lehre aus der Diskussion um den Berliner Kooperationsvertrag sollte sein, dass derartige Vereinbarungen zwischen Universitäten und Unternehmen künftig offen und transparent einsehbar sind“, erklärte ein Sprecher. Jetzt muss diese Kunde bloß noch nach Leverkusen dringen – und sei es per Gerichtsbeschluss.

Chemie-Multi ebenfalls schon wiederholt die RechtsanwältInnen eingeschaltet. 1987 verklagte er die CBG wegen eines Aufrufs, in dem es geheißen hatte: „In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairness. Missliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfährige Politiker werden unterstützt und finanziert“. In den ersten Instanzen bekam das Unternehmen Recht; ein Richter forderte sogar eine dreijährige Haftstrafe für einen CBGler. Die Coordination musste bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und ein erhebliches finanzielles Wagnis eingehen, um dem Recht auf Meinungsfreiheit fünf Jahre nach Beginn des Prozesses wieder Geltung zu verschaffen. Im Jahr 2001 klagte der Gen-Gigant die CBG dann wegen „Verletzung des Namensrechts“ an, weil diese das Wort „BAYER“ zusammen mit dem Begriff „watch“ in einem Domain-Namen verwendet hatte. Aus Angst vor den hohen Verfahrenskosten legte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN keinen Widerspruch ein und beugte sich der Einstweiligen Verfügung, die mit einer Strafandrohung von 50.000 Euro bewehrt war. Aber der Pharma-Riese ging nicht nur rechtlich gegen die Coordination vor. Anfang der 1980er Jahre nutzte er den kurzen Dienstweg zum Wuppertaler Polizeipräsidenten, um diesen anzuhalten, der CBG die Gemeinnützigkeit zu bestreiten. Der tat wie geheißen und unterwies das Amtsgericht Solingen postwendend, die „Förderung zu unterbinden“. Daran hielten die JuristInnen sich dann auch und schnitten die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN so von dringend benötigten finanziellen Ressourcen ab.

Die Last des Erfolges

Der Hauptgrund für die zunehmende Repression ist der Erfolg von Initiativen, die sich auf Unternehmen konzentrieren. So gelang es SHAC mit seinen Kampagnen, HUNTINGDON dazu zu bringen, England zu verlassen und in den USA ökonomisches Asyl zu suchen. Auch dem Leverkusener Multi als gutem Kunden von HUNTINGDON und Konzern mit über 170.000 Tierversuchen pro Jahr machten die SHAClerInnen und Gleichgesinnte das Leben schon schwer. Die Gruppen setzten ihn ganz oben auf ihre Liste der inkriminierten Konzerne und agieren seit mehr als zehn Jahren global gegen den Global



TierrechtlerInnen besuchen BAYER

Player. Sie blockierten die Werkstore in Uruguay, demonstrierten vor dem Wuppertaler Pharma-Zentrum, sprachen dank einer Einladung der CBG auf der BAYER-Hauptsammlung in Köln, statteten dem BAYER-Manager Wolfgang Große Entup einen Hausbesuch ab, protestierten vor der chilenischen Zentrale, störten ein BAYER-Dinner in Irland, entrollten in der Lobby der Washingtoner Zweigstelle Transparente und suchten schwedische und englische Niederlassungen heim. Nicht umsonst konstatierte das US-amerikanische Heimatschutz-Departement deshalb: „Von Tierrechtsextremisten und Öko-Terroristen verübte Attacken gegen Unternehmen verursachen den betroffenen Unternehmen hohe Kosten und können auf die Dauer das Vertrauen in die Wirtschaft erschüttern“.

Gesetzgeber BAYER

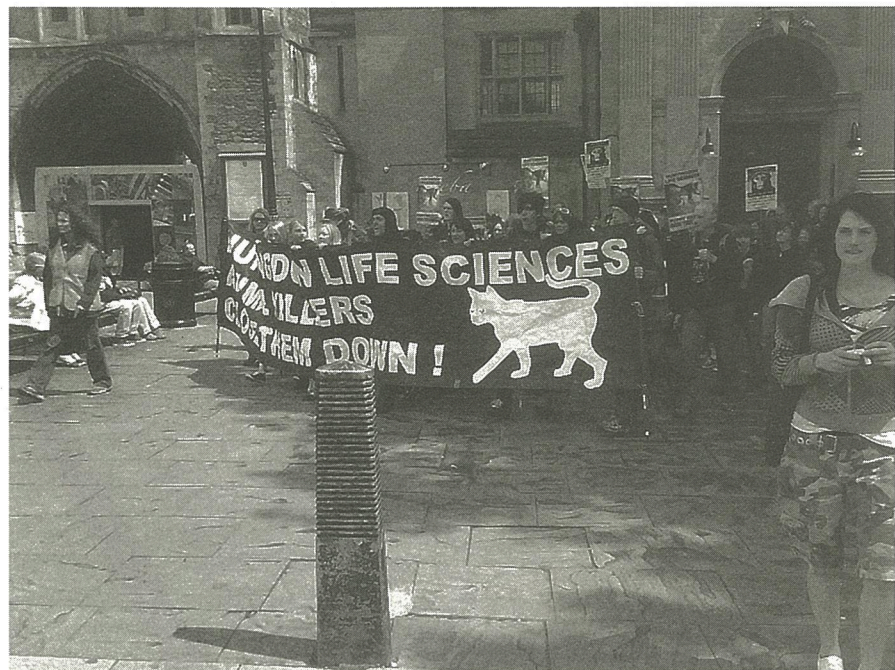
Auf dieses Vertrauen aber sind die Global Player in Zeiten des immer entfesselter auftretenden Kapitalismus besonders angewiesen, um ihren AktionärInnen weiterhin Extra-Renditen sichern zu können. Darum reagieren die großen Firmen empfindlicher denn je auf Störungen des „Business as usual“ - und fordern Schutzmaßnahmen ein. In den USA war die Industrie die treibende Kraft hinter den Strafverschärfungen. Sie nahm an den Senatsanhörungen teil, die den Boden für die „homeland terrorism“-Beschlüsse bereiten sollten, und unterstützte die willigsten PolitikerInnen. BAYER etwa überwies den Republikanern James Inhofe, George

Mehr als 80.000 Zugriffe wöchentlich.

www.CBGnetwork.org

Nethercutt und Orrin G. Hatch, welche die Gesetzesinitiativen zum Öko-, Agrar- und Tierrechts„terrorismus“ einbrachten, großzügige Wahlkampfspenden. Ausgearbeitet hatte ihre Entwürfe das „American Legislative Exchange Council“ (ALEC), eine von den Konzernen gesponserte JuristInnen-Vereinigung. „Limited Government, Free Enterprise und Federalism“ hat sie sich auf die Fahnen geschrieben, die der Leverkusener Multi mit hochhält. Die BAYER-Managerin Sandra Oliver sitzt für den Agro-Riesen in dem Beirat, der Emis-särInnen aus der freien Wirtschaft vorbehalten ist. Mike Birdsong gehört der „Health and Human Services Task Force“ an, und Bill Corley, das ALEC-Mitglied des Jahres 2005 in der Sektion „Privatwirtschaft“, steht im Bundesstaat Arkansas demjenigen Gremium vor, das sich um das legislative Wohlergehen von BAYER & Co. kümmert.

Aber der kurze Dienstweg zwischen Wirtschaft und Politik existiert nicht erst seit den letzten Jahren. Der Leverkusener Multi beschreitet ihn schon seit Jahr und Tag, um seine Renditen zu sichern. Diese Erfahrung musste in den 1980er Jahren der Staatsanwalt Erich Schöndorf machen, der im Holzschutzmittel-Prozess die Anklage vertrat und den schwerkranken Geschädigten Gerechtigkeit widerfahren lassen wollte. Als er am Stammsitz des Konzerns eine Hausdurchsuchung vornahm, drohte ihm der Unternehmensjusti-



Protest gegen HUNTINGDON LIFE SCIENCE

ziar unverblümt: „Noch heute Abend treffe ich in Bonn den Schäuble, dann sind Sie erledigt!“. Und wirklich durfte Schöndorf dann keinen Einblick in die Akten nehmen. Zudem behinderten seine Vorgesetzten seine Arbeit, wo sie nur konnten, weshalb das Verfahren für BAYER glimpflich ausging. „Ich habe mich gefragt, wo eigentlich die Macht im Staate liegt, in Bonn oder in Leverkusen“, so fasste der Jurist schließlich seine Erfahrungen zusammen.

Green Scare

Die Strategie, die Anschläge vom 11. September 2001 dafür zu instrumentalisieren, aus dem Begriff „Terrorismus“ ein Passepartout für alle möglichen unliebsamen politischen Aktivitäten zu machen, hat in den USA ein hysterisches Klima geschaffen, das an die McCarthy-Ära erinnert. Nur die Signalfarbe hat sich geändert: Grün ist das neue Rot. Was dem republikanischen Senator der „Red Scare“ war, die Beschwörung des vom Kommunismus angeblich ausgehenden roten Schreckens, das ist heutigen Zeiten der „Green Scare“ mit Tierrechts- und Umweltgruppen als Trägern. „Angst. Es dreht sich alles um Angst. Es geht darum, die Profite der Unternehmen zu schützen, indem man den gemäßigten Tierrechts- und Umweltinitiativen - und allen anderen wachsenden sozialen Bewegungen - Angst macht, die ihnen zustehenden Rechte zu nutzen“, schreibt der Journalist Will Potter in seinem Blog „Green is the New Red“. Auf besonders widerspenstige Gruppen

zielen, aber alle treffen wollen - diese Absicht verfolgt der „Green Scare“ nach Meinung von Potter. Er appelliert deshalb an die politischen Initiativen, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen wie zu McCarthys Zeiten. „Wir müssen starke aktivistische Gemeinschaften aufbauen, die ihre Rechte kennen und wissen, wie sie bedroht sind und was auf dem Spiel steht, wenn wir nachgeben“, sagte Will Potter in einem Interview mit der *Jungle World*. Und dies gilt trotz so einiger zweifelhafter Methoden wie Sachbeschädigungen umso mehr, als die neuen Gesetze immer häufiger einst ganz legale Inanspruchnahmen der verbrieften Grundrechte als illegal inkriminieren und die demokratisch nicht legitimierte Übermacht der Konzerne ein Ungleichgewicht der Kräfte schafft, das - wenn überhaupt - nur konfrontative Kampagnen ausbalancieren können. Wenn es nämlich einen Terror gibt, dann den einen: den Terror der Ökonomie.

Adressen

- SHAC 7 (Soli-Website für SHAC-Inhaftierte)
www.shac7.com
- Gemeint sind wir alle (Antirepressionswebsite)
www.antirep2008.tk
- Antirep \$278a
www.antirep278a.blogspot.de

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion

Aktuelle Ausgabe (Mai/Juni 2011)

Arbeitsmigration, Sozialdumping & int. Widerstand

Aus dem Inhalt: ▶ Arbeitsmigration: Verdumptes Europa ▶ 25 Jahre Tschernobyl: Gestern, Heute und in Deutschland ▶ Industriezweig Flaschenpfand(sammeln) ▶ Libertäre Wirtschaftstheorien ▶ Griechenland: Revolte durch Umsonst-Bewegung ▶ Gentryfikacj: Wohnraumkämpfe in Polen ▶ Medienhype: Middle-East-Facebook-Romantik ▶ Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel ...

Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

JAHRESTAGUNG

Samstag, 5. November 2011
9.30 - 18.00 Uhr

Eintritt frei
Spende erbeten

CBG



Coordination gegen BAYER-Gefahren
Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER
Coordinadora contra los peligros de la BAYER
Coordinacao em contra dos perigos da BAYER
Coordination contre les dangers liés à BAYER
Coordination against BAYER-Dangers

**JETZT
ANMELDEN**

Gentech-Mafia

Die Seilschaften von BAYER, MONSANTO & Co



Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 02 11 - 33 39 11, Fax 02 11 - 26 11 220

- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2011 mit Personen (bitte auch die Namen und Adressen eventueller weiterer Personen angeben / ggfs. auf separatem Blatt) Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.
Ich bin Fördermitglied Ja Nein
- Ich spende für die Jahrestagung 2011 Euro (Bitte Lastschrift ausfüllen).
- Ich möchte Fördermitglied werden mit einem Jahresbeitrag von (mind. 60 Euro). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.
- Bitte schickt mir weitere Informationen.

Name / Vorname

Alter

Str. / Nr.

PLZ / Ort

Bank

Kto.-Nr.

BLZ

info@CBGnetwork.org [twitter](#) [facebook](#) www.CBGnetwork.org